

**Mönchengladbach
Weiterer Niedergang oder
kommunales Zukunftsprojekt**

**Berlin / Mönchengladbach
Anfang 2010**

β E

***Dr. Klaus Eßer
Spanische Allee, 95 b
14129 Berlin
+ 49 (0)30 8031315***

Inhalt

Zusammenfassung

1	Spezialisierung auf die Textilindustrie, 1800 – 1950	5
1.1	Zwei schlichte Annahmen und einige Warnungen	5
1.2	Verlauf der Spezialisierung, Boomphasen, Konjunkturunbrüche	6
1.3	Industriebürgertum fast ohne politisches Steuerungspotential	7
1.4	Kulturkampf am Niederrhein: Aufholen der katholischen Unternehmer	9
1.5	Industrielle Monostruktur trotz Einbrüchen, 1914 – 1950	10
2	Industrieller und kommunaler Niedergang	12
2.1	Deindustrialisierung seit 1950	12
2.2	Vier Anmerkungen zum Textilkomplex	13
2.3	Strategien wettbewerbsstarker Unternehmen	16
2.4	Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft – ein neuer Niedriglohnsektor	16
2.5	Sozialer Niedergang der Kommune	18
2.6	Anhaltende Unfähigkeit der kommunalen Akteursgruppen zu strategischer Intervention zwecks Zukunftsorientierung	21
3	Bedingungen eines Aufbruchs	23
3.1	Niedergang einer Stadt in einem Industrieland	23
3.2	Systemische Wettbewerbsfähigkeit	24
3.3	„Projekt MG“: kommunale systemische Wettbewerbsfähigkeit	27
4	Kommunale Wirtschaftspolitik	29
4.1	Suche nach einem Wachstumsprofil	29
4.2	Verbesserung der Standortqualität und ein Technologie-Schwerpunkt	30
4.3	Förderung des Umwelthandwerks – Aufbau eines Energieclusters	34
4.4	Förderung von wirtschaftlicher Selbstständigkeit, Gründern und jungen Unternehmen	35
5	Kommunale Gemeinschaftspolitik	37
5.1	Mobilisierung der gemeinschaftlichen Antriebskräfte	37
5.2	Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor	37
5.3	Vielfältige Lern- und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder	40
5.4	„die Kinder zu Hause abholen“	41
5.5	Schulergänzende Nachhilfe für arme Kinder durch Freiwillige	41
5.6	„Kultur der Freiwilligkeit“: eine Grundlage kommunaler Solidarität	42
5.7	Kontrolle der Bildungs-, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen	44
6	Exkurs: Auf der Suche nach kulturellen Standortvorteilen	46
6.1	Mönchengladbach, Rheydt, Viersen: Städte ohne Kern	46
6.2	MG im Niedergang gebiert ästhetische Ungeheuer	47
6.3	Auch eine Stadt im Niedergang kann Heimat sein	48
	Anmerkungen	51

Zusammenfassung

Die Studie zeigt die Ursachen des wirtschaftlichen und kommunalen Niedergangs von Mönchengladbach auf. Vor diesem Hintergrund fragt sie nach einer Richtung und nach Bedingungen, um eine neue Dynamik, vielleicht bis hin zu einem Aufbruch, auszulösen. Hierbei geht sie von zwei Überlegungen aus:

Zum einen hängt im Übergang von der Industrie- zur Wissens-, Informations- und Netzwerkgesellschaft¹ bei gleichzeitiger Globalisierung die Funktionsfähigkeit des Marktes noch mehr als bisher von gesellschaftlichen, nicht zuletzt kommunalen Vorleistungen ab.

Zum andern reicht das bisherige Muster der Sozialen Marktwirtschaft „Wachstum und Versorgung“ offensichtlich nicht mehr aus, um Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Armut, die in strukturschwachen Regionen und Kommunen ein Drittel der Gesellschaft und mehr treffen, wirksam anzugehen.

1. Mönchengladbach ist durch einen langen Prozeß einseitiger industrieller Spezialisierung geprägt. Dies gilt für die Wirtschaft, die Politik und viele Einwohner. Diese Spezialisierung auf arbeitsintensive Branchen (die Textil- und Bekleidungsindustrie) geriet ab 1950 in eine Krise:

- aufgrund des Anstiegs der Durchschnittslöhne in Deutschland, während die arbeitsintensive Industrie ihre niedrigen Löhne kaum anzuheben vermochte und die Rahmenbedingungen für sie ungünstiger wurden,
- wegen des Wettbewerbs in der EG und der Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung.

Ein Prozeß der Deindustrialisierung setzte ein. Der Niedergang von Wirtschaft und Kommune verlief parallel. Soziale Folge ist

die Verfestigung einer „Ein – Drittel-Unterschicht (plus x)“.

Allerdings gelang es einer Gruppe von Industrieunternehmen, international wettbewerbsstark zu werden, einen hohen Exportanteil an der Produktion zu erreichen und auch relativ hohe Löhne zu zahlen. Die Beschäftigung ist in den meisten dieser Unternehmen gering.

Hat die Kommune den „Umbau der Wirtschaftsstruktur hin zu mehr Vielfalt“ tatsächlich „frühzeitig“ (seit 1960) vorangetrieben? Ist sie heute ein „breit aufgestellter Wirtschaftsstandort“?²

Tatsächlich kommt die wirtschaftliche Diversifizierung eher langsam voran. Obwohl er wuchs, vermochte der Dienstleistungssektor den Rückgang der Industrie-arbeitsplätze nicht auszugleichen. Insbesondere im Gesundheits- und Pflegewesen setzen sich die niedrigen Löhne der Textil- und Bekleidungsindustrie fort.

Die wettbewerbsstarken Unternehmen in Mönchengladbach sind insgesamt zu schwach, auch zu abgelöst von der übrigen Kommune, um diese und deren Einwohner in ihre Dynamik einzubeziehen.

Erschwerend wirken sich die Automatisierung oder Produktion im Ausland sowie die Konzentration nicht weniger Unternehmen auf Design und Vertrieb aus. Das wirtschaftliche Wachstum fällt seit langem zu niedrig aus, um ausreichend Arbeit zu schaffen.

Die Kommune weist eine starke Tendenz zugunsten der Bauwirtschaft auf, die das Potential zur Verbesserung der technologischen Leistungsfähigkeit und zur Mobilisierung der armen Bevölkerung einschränkt.

2. Bei Fortführung der bisherigen Politiken ist ein Aufbruch der Kommune aus eigener Kraft, durch einen starken Anstoß von innen her, unwahrscheinlich. Hinzu kommt, daß bisher die Kompetenz der politischen

Akteursgruppen der Kommune zu strategischen Interventionen zwecks zukunftsorientiertem Handeln nicht ausreicht. Wahrscheinlich werden sich kompetente kommunale Akteure, die einen Richtungswechsel auszulösen vermögen, erst im Aufbruchprozeß – oder nach einer tiefen Krise – durchsetzen.

Immerhin erweisen sich in einigen Kommunen Deutschlands politische Neuanfänge, die auf erfolgsversprechende kommunale Zukunftsprogramme gerichtet sind, als möglich. Dies ist nicht immer eine Frage von Wahlergebnissen, sondern manchmal auch von Umbrüchen in dominierenden politischen Parteien.

3. Die hier gemachten Vorschläge können vielleicht dazu beitragen, der Kommune eine neue Richtung, hin zu einem Aufbruch, zu geben.

Die kommunale Wirtschaftspolitik sollte auf eine dialogorientierte Standortpolitik abzielen, um die kommunalen Kosten und Leistungen günstiger zu gestalten. Vor allem kommt es darauf an, die technologische Leistungsfähigkeit zu verbessern. Dies kann wohl nur durch die Schwerpunktbildung bei einer der „neuen Technologien“ erreicht werden. Infrage kommt die Informationstechnologie.

Auch bei der Förderung des Umwelthandwerks sollte, um erfolgreich zu sein, eine Schwerpunktbildung erfolgen. Ein Umweltschwerpunkt, z.B. „energieeffiziente Gebäude“, kann der lokalen Wirtschaft Auftrieb geben und schließlich zu einem Energiecluster³ führen.

Vorgeschlagen wird außerdem eine höhere Förderung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit, der Gründer und junger Unternehmen. Bei geeigneten Mikro – Finanzfonds, vielleicht sogar einer sozialen und ökologischen Finanzierungsbank in der Stadt, können neue Unternehmer heranwachsen und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ein Prozeß des Herantastens an „Leitbranchen“ und schließlich an eine neues Wachstumsmuster hat eingesetzt.

Er verlangt jedoch größere Anstrengungen der Unternehmen und der Politik, als sie bisher erkennbar sind.

Sicherlich wird der Textil – Mode – Komplex weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Ob er jedoch zusammen mit dem verbleibenden Textilmaschinenbau längerfristig eine neue Clusterbildung ermöglicht, ist offen.

4. Auch die kommunale Gemeinschaftspolitik sollte vor allem eine „neue Dynamik von unten her“ auslösen. Bisher erhält das untere Drittel Sozialmittel. Diese steigen, ohne daß eine Aussicht bestünde, daß sich seine Lage durch Eingliederung in die Wirtschaft merklich verbessern würde. Vielmehr sind höhere Transferleistungen absehbar, außerdem wachsende Ausgaben für armutsbedingte Gesundheitsschäden, die Säuglingssterblichkeit oder die Verringerung der Jugendkriminalität.

Die Kommune sollte daher ein Programm „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ in Gang setzen, das von EU, Bund und Land unterstützt wird. In Berlin oder Brandenburg gibt es Programme zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit, die allerdings wenig wirtschaftsnah ausfallen. Öffentlich geförderte Beschäftigung ist für alle Seiten eine günstigere Lösung als das Arbeitslosengeld II.

Ein zweiter Schwerpunkt der kommunalen Gemeinschaftspolitik kann mit relativ geringen Mitteln angestoßen werden. Es geht um die Nutzung des großen Potentials an Freiwilligkeit, um in einem überschaubaren Zeitraum den akkumulierten Bildungsnotstand abzubauen. Dieser ergibt sich nicht zuletzt aus der langen industriellen Spezialisierung auf Branchen mit Niedriglöhnen.

Vorgeschlagen wird ein Ausbau von Kitas und eine Qualitätsverbesserung in Schulen. Hierzu kann ein großes Nachhilfeprogramm beitragen, das auf arme Kinder und Jugendliche, damit die am meisten betroffenen Gruppen, gerichtet ist.

Anregung und Aufbau einer „Kultur der Freiwilligkeit“ tragen zu Lesekompetenz, Schulerfolg, Selbstständigkeit und Selbsthilfe bei. Diese Kultur schafft im unteren Drittel der Einwohnerschaft Leistungsbereitschaft und Kreativität, bei allen Einwohnern aber den Willen, die Fragmentierung und Spaltung in der Kommune aufzuheben und die kommunale Demokratie zu entfalten. Mitarbeit erzeugt Solidarität und Gemeinschaft.

Eine verbesserte Kontrolle, einschließlich der Kontrolle der Kontrolleure, kann in Bildungs-, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen die Leistungen erhöhen und erhebliche Mittel einsparen.

5. Insbesondere in ihrer Anfangsphase erfordern solche Programme in strukturschwachen Regionen und Kommunen auch externe Unterstützung (Mönchengladbach: kommunales Defizit, 2009, 150 Mio. Euro). In manchen Fällen wird ein Einklinken in erprobte Programme von EU, Bund und Land möglich.

Bei anhaltend hohen Eigenanstrengungen, um das Potential der Kommune zu erschließen, sind auch Mittel von Stiftungen und Sponsoren zu erwarten. Außerdem können vermutlich, mehr als bisher, in- und ausländische Investoren angezogen werden. Es gilt also, ein kommunales Vorbild zu werden. Mittel- bis langfristig ermöglichen einige der Programme es, finanzielle Mittel einzusparen.

6. Die Soziale Marktwirtschaft steht nicht vor der Alternative, „mehr Marktvertrauen“ – „höhere Staatsquote“. ⁴ Vielmehr gilt es, angesichts der neuen externen und internen Anforderungen die räumliche Dimension der Wirtschaft und der sozialen Entwicklung stärker zu nutzen, also auch das Potential der strukturschwachen Regionen und Kommunen zu mobilisieren.

Kommunen sollten nicht nur sparsam sein und ihre Verwaltung effektiv gestalten, wie nicht selten geäußert wird. Vielmehr fällt ihnen die Rolle eigenständiger Akteure zu,

die ihr wirtschaftliches und soziales Potential aus eigener Kraft zu nutzen verstehen.

Ein komplexes Set von Faktoren verursachte, wie gezeigt wird, die einseitige industrielle Spezialisierung in Mönchengladbach und auch deren Niedergang. Im Aufbruch werden unterkomplexe Theorie- und Politikansätze den schwierigen Zusammenhängen und Handlungsfeldern nicht gerecht. Verlangt sind: der Einblick in die komplizierten Wirkungs- und Politikzusammenhänge sowie ein wirksames Zusammenspiel der kommunalen Akteure.

1. Spezialisierung auf die Textilindustrie, 1800 – 1950

1.1 Zwei schlichte Annahmen und einige Warnungen

„Eingebettet in eine erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Tradition ist Mönchengladbach für die Zukunft gut gerüstet“. ¹ Aufwachen!

Jeder muß sich „auf das spezialisieren, was er am besten kann.“ ²

Eben dies geschah in MG, einer der deutschen Städte im Niedergang.

Einseitige Spezialisierung auf das, was man am besten kann, hält dem Druck, der von den „neuen Technologien“ und der Globalisierung ausgeht, nicht stand.

Es kommt auf den Lernprozeß an, der über die jeweilige Spezialisierung hinausführt. Außerdem gewährleisteten differenzierte Systeme, z.B. eine diversifizierte Wirtschaft, auf Dauer bessere Problemlösungen als einfache, etwa arbeitsintensive Industriebranchen.

In MG führte die Spezialisierung auf die Textil- und Bekleidungsindustrie zu einer dauerhaften Festlegung auf Niedriglöhne („Arbeiterstadt“):

- Die kommunalen Akteure waren zu schwach, neue industrielle Konzepte durchzusetzen.

- Die Unternehmer besaßen Interesse daran, möglichst niedrige Arbeitskosten sicherzustellen, um ihre Betriebe nicht zu gefährden. Ohnehin wurden die niedrigen Löhne nicht selten unterlaufen: Arbeiter wanderten in die Seidenwarenproduktion in Krefeld und die Samtherstellung in Viersen ab, die höhere Löhne zahlten. Dies erhöhte den Druck zur Beschäftigung von Frauen. Dies wiederum senkte das Interesse an industrieller Diversifizierung. An das, was sie „am besten konnten“, klammerten sich viele Unternehmer in MG, bis ihre arbeitsintensive Produktion zusammenbrach:

wegen der Wirtschaftsdynamik im übrigen Deutschland sowie des Wettbewerbs auf EG – und internationalen Märkten.

- Die Arbeiterschaft, solange eben möglich Kinder, dann insbesondere 14- bis 15-jährige Mädchen ³, schließlich „weibliche Leichtlohngruppen“, vermochte wegen ihrer schwachen Organisation in Gewerkschaften und Parteien wenig zu ändern.

Kommunalpolitiker warnten mehrfach, die industrielle Spezialisierung werde einen wirtschaftlichen und kommunalen Niedergang nach sich ziehen. Für den industriellen Wettbewerb und die Dynamik der Kommune seien eine dynamische Sicht, neue Spezialisierungskonzepte und erfolgsversprechende Lernprozesse erforderlich.

Insbesondere Franz Gielen, Oberbürgermeister von 1921 bis 1930, hielt es „für das große Versäumnis früherer Jahre, daß nicht rechtzeitig versucht worden war, die Industrie der Stadt von der einseitigen Bindung an die Textilindustrie als alleiniger Basis, die durch die schwankenden Weltmarktpreise für Baumwolle schon krisenanfällig war, zu lösen.“ Die „wachsende Notlage der heimischen Textilindustrie“ stelle „eine ständige Gefahr für eine gesunde Entwicklung dar.“ ⁴

Wegen der einseitigen Spezialisierung stellte der Stadtrat 1958 einen Produktionsverlauf mit heftigen Ausschlägen, eine strukturelle Schwäche des industriellen Potentials und eine häufig damit verbundene Arbeitslosigkeit fest. Diesen Aspekt betonte er 1967 erneut. ⁵

Das Bemühen um die Ansiedlung von Unternehmen anderer Branchen blieb jedoch unentschlossen.

1.2 Verlauf der Spezialisierung, Boomphasen, Konjunkturreinbrüche

MG (damals „Gladbach“) war gegen Ende des 18. Jahrhunderts eine kleine Klosterstadt. Flachsanzbau sowie Tuch- und Leinenhandel besaßen eine gewisse überregionale Bedeutung.

1. Der Ort gehörte von 1794 bis 1814 zu Frankreich. Paris beseitigte zwischen 1800 und 1811 die bergische Vorzugsstellung bei der Einfuhr von Baumwollwaren. Die Kontinentalsperre (1806) verbesserte die Absatzchancen linksrheinischer Baumwollwaren in Frankreich. Dieser Markt konnte jedoch wegen der schleppenden Rohstoffversorgung und des schlechten Wegenetzes nur wenig genutzt werden.

Allerdings zogen Baumwollunternehmer aus dem pietistisch geprägten Bergischen Land, vor allem aus Wuppertal, nach MG, um die westlichen Märkte (Rheinland, Niederlande, Frankreich) zu erreichen.

Die Abtei wurde 1802 säkularisiert, der kirchliche Besitz an Unternehmen verkauft. Der Code Civil von 1804 garantierte die Gleichheit aller vor dem Gesetz und das Eigentum, schränkte Zunftzwang und obrigkeitstaatliche Willkür ein und schuf die Privilegien des Adels ab. Hinzu kamen das Handels- und das Strafbuch (1810). MG durchlief die Phase der Frühindustrialisierung (1794 -1815).

2. MG wurde 1815 in die Preußische Rheinprovinz eingeordnet. Nach der Hungersnot 1816 / 1817 wurden 1818 durch das preußische Zollgesetz die regionalen Unterschiede im rheinischen Zollwesen beseitigt. Die gröberen und daher schwereren Produkte wurden vor den englischen Waren geschützt, die feineren und leichteren Produkte aus England eingeführt. Ihre Qualität war ohne Maschinen, deren Ausfuhr London verbot, ohnehin nicht zu erreichen. Damit bot sich in MG der Weg der Spezialisierung auf

Verbraucher mit begrenztem Einkommen an.

Das Textilgewerbe erholte sich ab 1820. Ab den 40er Jahren nahm die Bedeutung der Leinenweberei ab. Nach Missernten und Teuerung begann ab 1850 die Mechanisierung der Baumwollindustrie: England hatte 1842 das Ausfuhrverbot für Maschinen aufgehoben. In Preußen setzte der Wirtschaftsliberalismus ein. Das seit 1853 sanktionsbewehrte Verbot der Fabrikarbeit von Kindern unter zehn Jahren förderte den Maschineneinsatz.

Anfangs stand die Gladbacher Spinnerei und Weberei AG an der Spitze dieses Prozesses. In den 60er und 70er Jahren setzte sich die fabrikmäßige Produktion von Baumwoll- und Halbwollerzeugnissen in vielen Unternehmen durch.

MG hatte 1798 1.176, 1850 11.715, 1871 24.000 und 1919 58.000 Einwohner. Rheydt wuchs bis 1919 auf 34.000 Einwohner an.

3. Ab den 70er Jahren wurde die mechanische Weberei durch die Bekleidungsindustrie ergänzt. Außerdem wurden Textilmaschinenfabriken aufgebaut. Gegen Ende des Jahrhunderts entstand eine Papier- und Druckindustrie (Papierhüllen für die Spinnereien, Heiligenbilder für die ganze Welt). Auch die Bekleidungsindustrie spezialisierte sich auf billige Produkte, etwa Hosen. Ab den 60er Jahren siedelten sich viele Industriebetriebe in Randgebieten der Stadt und außerhalb, etwa in Rheindahlen, an.

Ab 1873 nahm die Konkurrenz der starken Textilindustrie im Elsaß und von wettbewerbsstarken Anbietern preisgünstiger Garne aus England zu. Ab 1885 zog der Textilkomplex aus dem Aufschwung im Deutschen Reich und dem Zollschutz Nutzen.

MG wurde nun zum Zentrum der Baumwollindustrie im Westen des Deutschen Reiches. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges standen etwa ein Drittel der in

Rheinland und Westfalen laufenden Spindeln und arbeitenden Webstühle in MG (seit 1888: München-Gladbach / M. Gladbach).

Nachbarstädte spezialisierten sich auf anspruchsvollere Textilsegmente, etwa die Seidenweberei. Außerdem diversifizierten sie ihre Industrie stärker. Kennzeichnend für Krefeld waren eine vielseitige Maschinen- und Edelmetallindustrie, die Chemie und die Nahrungsmittelindustrie. Hinzu kamen, wie auch in Düsseldorf und Neuss, die Rheinhäfen.

4. Den Boomphasen folgten immer wieder Konjunkturreinbrüche. Diese hatten ganz verschiedene Ursachen:

- Politische Faktoren erzwangen einen Wechsel der Absatzmärkte: 1794 bis 1815 sowie 1921 bis 1926 die Zollgrenze am Rhein;

- Wegen Konjunkturreinbrüchen in Preußen stockte die Produktion. Etwa 50% der Baumwollweber waren 1846 arbeitslos. Die Konjunktur brach z.B. auch 1907 bis 1909 und 1914 ein.

- Der Bürgerkrieg in den USA störte 1861 bis 1865 die Baumwollversorgung. Ein Ausweichen auf Anbaugelände in Ostindien erwies sich als möglich, wenn auch als schwierig.

- Die Einschränkung der Arbeitszeit 1878 löste u.a. die höchste bis dahin in MG bekannte kommunale Armenunterstützung aus.

- Nachfrageabfall im Deutschen Reich führte 1890 / 91 zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sogar zu Bemühungen, Textilien in die La-Plata-Staaten auszuführen.

1.3 Industriebürgertum fast ohne politisches Steuerungspotential

1. Über Jahrhunderte war die politische Steuerung in der Stadt und ihrer Umgebung außerordentlich zersplittert. Während in den benachbarten Niederlanden eine Zusammenfassung der Kräfte in Politik und Wirtschaft einen Aufschwung als Finanz-, See- und Handelsmacht mit wachsender Industrieproduktion und bald auch einem eigenständigen europäischen Kunstzentrum ermöglichte, verblieb MG in einer politischen und wirtschaftlichen Randlage.

Der Vogt der Enklave des Herzogtums Jülich und der Abt der Benediktinerabtei St. Vitus, die bis ins 11. Jahrhundert zu Lüttich, dann zur Diözese Köln gehörte, trugen immer neue Kompetenzangelegenheiten aus. Zu dem lokalen Schöffengremium (seit dem 12. Jahrhundert) trat im 15. Jahrhundert ein konkurrierender Rat mit einem Bürgermeister an der Spitze. Während der französischen Herrschaft unterstand die Stadt dem Roerdepartement. Sie gehörte – dies verdeutlicht ihre geringe Bedeutung – zum Kanton Neersen im Arrondissement Krefeld.

In Rheydt, der Nachbarstadt, erwehrt sich die Bürger immer wieder der Willkür von Rittern, darunter Raubrittern, und anderer Herren. Die übrigen Ortschaften, die später MG eingemeindet wurden (Rheindahlen, Giesenkirchen, Wickrath, Odenkirchen, Neuwerk, Hardt) besaßen im Verlaufe der Zeit die verschiedensten Herren. Einige gehörten zum Herzogtum Geldern (Viersen zu Obergeldern), andere zum Kurfürstentum Köln (so auch Neersen), manche zu Grafschaften, Reitergenerälen oder Rittern, Hardt zum Kloster in MG.

In der Politik spielten ab 1815 die lokalen und regionalen Vertreter des preußischen Machtkerns in Berlin die zentrale Rolle; es fehlte Autorität von

innen her. Im Wirtschaftsbürgertum in MG und Rheydt dominierten protestantische Unternehmer. Das Drei-Klassen-Wahlrecht (je nach Steuerabgaben) begünstigte ihre Position und sicherte im Stadtparlament eine liberale Mehrheit. Erst 1891 wurde die Klassensteuer abgeschafft.

1. Die Einwohner MGs waren zu fast 90% Katholiken. In Rheydt gab es bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine protestantische Mehrheit. Dann führte die industrielle Entwicklung auch dort zu einer katholischen Mehrheit.

Die Unternehmer besaßen eigene Organisationen: die protestantischen in MG die „Erholung“, in Rheydt die „Harmonie“, die katholischen in MG das „Casino“. Beide Gruppen wiesen im 19. Jahrhundert eine unterschiedliche Kultur auf.

Beide aber, die Protestanten lange Zeit mit erheblichem Vorteil, mussten sich bezüglich ihrer Akkumulations- und Expansionschancen immer neu mit Preußen und später dem Deutschen Reich arrangieren. Dessen Verwaltung war im 19. Jahrhundert schwerfällig.⁷

3. Technisch-industriell war Preußen rückständiger als die Rheinlande und Westfalen:

Auf die gewerbliche Produktion entfielen im Osten weniger als 30%, in Berlin, das Karl Marx 1858/59 immerhin als „geschäftiges Zentrum des deutschen Maschinenbaus“⁸ schilderte, 56,7%, in den Rheinlanden 58,5% und in Westfalen 62,8% der Berufstätigen und ihrer Angehörigen.

Der Anteil der Rheinlande an der Gesamtbevölkerung in den preußischen Provinzen belief sich 1855 auf 14,1% (Berlin 4,1%), 1910 auf 17,7% (Berlin 5,2%). Auf die Rheinlande entfielen sieben der 40 Millionen Einwohner.⁹

Preußen und das Deutsche Reich waren aber auf die niederrheinische Wirtschaft weitaus weniger angewiesen als etwa auf die Großunternehmen des Kohle- und Erzbergbaus, der Eisenverarbeitung und der militärisch besonders wichtigen Stahlindustrie im Ruhrgebiet.

4. Eine solche Konstellation hat, wie sich über Jahrhunderte im Verhältnis Spaniens und Portugals, zweier sogar zunehmend rückständiger Länder Europas, zu den kreolischen Unternehmern in den Regionen / Ländern Lateinamerikas zeigte, negative Folgen für die Transferökonomien.

Dort wuchsen keine lokal legitimierten, steuerungskompetenten und machtpolitisch erprobten Akteursgruppen heran, die die Eigeninteressen von Land, Region und Kommune hätten durchsetzen können. Bis auf den Rohstoffexport blieben auch die unabhängig gewordenen Länder mehr als 150 Jahre binnenorientiert. Ab etwa 1930 verfolgten sie viel zu lange, mit wenig Engagement und ohne Strategie den Abbau industrieller Importe („industrielle Importsubstitution“).¹⁰

Erst die Weltmarktorientierung der letzten Jahrzehnte bringt neue Technologie, zieht in- und ausländische Investoren an, stärkt den Außenhandel. In Chile und Brasilien werden die ineffektiven politischen Kräfte, die Sonderinteressen zu Lasten des Kollektivgutes durchsetzen, schrittweise entmacht.

5. Am Niederrhein gab es durchaus eine Reihe kreativer Unternehmer. Genannt seien nur Quirin Croon (Gladbacher Spinnerei und Weberei AG), Franz Brandts (1834 – 1914), der in den 60er Jahren die mechanische Baumwollweberei vorantrieb, in Viersen etwa Josef Kaiser (Kaiser's Kaffeegeschäft AG).

Das lokale Bürgertum blieb jedoch insgesamt zu schwach, um die Standortqualität entschieden zu verbessern und die Diversifizierung der Wirtschaft voranzutreiben. Lange Zeit stand das katholische MG defensiv gegen die protestantischen Unternehmer vor Ort, das politisch protestantische Preußen und die Politik des Deutschen Reiches. In MG war die Mehrheit der Einwohner „klerikal“, also gegen Aufklärung und Liberalismus gerichtet.

1.4 Kulturkampf am Niederrhein: Aufholen der katholischen Unternehmer

1. Ab 1860 / 70 bemühten sich die katholischen Unternehmer am Niederrhein um ein Aufholen. Auch wegen des Entstehens eigenständiger Arbeiterbewegungen versuchten sie, Arbeitskräfte auf ihre Seite zu ziehen. So ermöglichten sie es, Häuser, die sie gebaut hatten, zu erwerben. Sie gründeten auch Krankenhäuser.

Vor allem Franz Brandts kümmerte sich in den 70er Jahren um Hygiene, Betriebssicherheit, Schutz der Kranken und Alten und den Aufbau eines Arbeiterausschusses („Je selbständiger der Arbeiter - Vorstand sich“ fühle, „desto freudiger“ wirke er „und desto konservativer“ werde er.)¹¹

Anfangs folgten ihm manche katholische Unternehmer nur zögerlich. Aufgrund des Booms aber nahm ab 1890 der Mietwohnungsbau für Arbeitskräfte zu.

2. Brandts wurde 1880 Vorsitzender des Verbandes „Arbeiterwohl“ (Devise: „Alles für den Arbeiter, aber nichts durch den Arbeiter selbst.“). Die Mitglieder nannten sich „Arbeiterfreunde“. Die Betonung von Glauben und Sittenstrenge gegenüber der Arbeiterschaft weist auf das Fortbestehen patriarchalischer Verhältnisse. Die Kirche empörte sich über die „sittlichen Probleme“ zugezogener 14-

jähriger Mädchen, sah hier eine „soziale Frage“. Katholische Unternehmer aber beschäftigten häufig keine verheirateten Frauen ...

Die Kirche förderte im Rahmen des Kulturkampfes die Ausbildung von Priestern zu Fragen des „sozialen Katholizismus“ und unterstützte deren Vordringen in öffentliche und private Stellen. Zusammen mit Unternehmern schuf sie 1866 ein Arbeiterhospiz für junge Frauen. Immerhin nahm die Zahl katholischer Unternehmer und Fachkräfte zu. Die Schulen wurden verbessert. Die bis dahin ökonomisch, sozial und kulturell rückständige katholische Bevölkerung holte auf.

3. Brandts wurde 1890 Vorsitzender des Volksvereins für das Katholische Deutschland, dessen Zentrale in MG entstand (Motto: „Teilen macht reich“.). Er forderte nun den Staat zu Sozialpolitik auf. Der Volksverein schulte Arbeiter, damit sie von ihren Rechten Gebrauch machen konnten.

Er hatte vor dem Ersten Weltkrieg über 800.000 Mitglieder, bestand bis 1933. Übrigens versuchte Adenauer nach 1945, ihn wiederzubegründen. Die katholischen Bischöfe verhinderten dies: Die Zeit „katholischer Massenorganisationen“ sei vorbei. Im Volksverein wurden einige Elemente der späteren Sozialen Marktwirtschaft und der Mitbestimmung vorgezeichnet.

Der Kulturkampf zwischen Staat und katholischer Kirche ab 1871/72 mobilisierte Katholiken aller Gesellschaftsschichten. Kirchen und katholische Wirtschaftsverbände – im Deutschen Reich war die Zahl katholischer Unternehmer weit geringer als die der protestantischen – versuchten, die Arbeiterschaft auch deswegen auf ihre Seite zu ziehen, um das 1870 gegründete Zentrum, eine Partei auf konfessioneller Basis, zu stärken.

Abgewehrt wurden neue Positionen des Staates zu kirchlichen Belangen und der Liberalismus. Dieser trat für eine klare und eindeutige Abgrenzung von Staat und Kirche, die Förderung der Naturwissenschaften, teils auch die nationale Einigung des deutschen Volkes unter protestantischer Führung ein.

Bismarck wandte sich gegen das Zentrum, die Annäherung der Kirche an katholische Staaten und das in Rom verkündete Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes.¹²

4. In MG gab es zwischen katholischen Unternehmern und Geistlichen enge Beziehungen. Intellektuelle aus dem „sozialen Katholizismus“ untermauerten Unternehmerpositionen. So fertigte ein Kaplan in Viersen, Dr. P. Norrenberg, den sittenrelevanten Teil der „Fabrikordnung der Firma F. Brandts zu Mönchengladbach“ an.

Im „Arbeiterwohl“ trafen sich beide Gruppen, kaum je Arbeiter. Gemeinsam wehrten sie Sozialismus, Gewerkschaften, später auch den Kommunismus ab. Dies war um so wichtiger, als es galt, die Löhne, vor allem der jungen Frauen, niedrig zu halten. In der „Fabrikordnung“ wurde die Lohnfrage ausgeklammert und die Arbeitszeit nur leicht, von 65,5 auf 62 Stunden pro Woche, verkürzt.

In der Stadt kam es lange Zeit nicht zu einer Trennung von Wirtschaft und Kirche. Bei einem stärkeren „Druck von unten“ wären wahrscheinlich die Anstrengungen der Unternehmer zu wirtschaftlicher Diversifizierung höher ausgefallen. Eine „weibliche Reservearmee“, die dauerhaft niedrige Löhne schafft, löst bis heute in manchen Entwicklungsländern keine riskanten Investitionen aus. Die verfolgte Politik war also unter diesem Aspekt kurzfristig und kontraproduktiv.

5. Freilich wurde der Kulturkampf von Bismarck und Papst, der vorher „Verfolgung“ festgestellt hatte, bei Ausschaltung des Zentrums beigelegt.¹³ Es blieb bei der obligatorischen Zivilehe, staatlicher Schulaufsicht und der Möglichkeit

des Kirchenaustrittes. Die niederrheinischen Industriellen schlossen nach 1887, auch wegen des Wirtschaftsaufschwungs, Frieden mit der preußischen Obrigkeit.

Die Sozialisten, später auch die Kommunisten, blieben in MG schon wegen der Stärke des Zentrums schwach. Die Tendenz zur Abwanderung katholischer Arbeiter zu freien Gewerkschaften fiel, u.a. wegen der Schaffung christlicher Gewerkschaften, weniger stark aus als etwa in der Schwerindustrie des Ruhrgebietes.

Industrielle Monostruktur trotz Einbrüchen, 1914 – 1950

1. Die Spezialisierung auf die Erzeugung billiger Stoffe und Bekleidung setzte sich in der Boomphase und nach dieser fort. Hans Jonas erinnerte sich an die Zeit seiner Jugend:

„Krefeld war das rheinische Lyon, Mönchengladbach das rheinische Manchester. Hier produzierte man etwa 'Genua-Cord', diesen gerippten Stoff, der vielfach als Arbeiterkleidung diente. Außerdem wurde viel für den Kolonialhandel hergestellt, vor allem die bedruckten Baumwollstoffe von sehr schlechtem Geschmack, die man als ‚Gladbacher Schund‘ bezeichnete, mit denen man aber große Geschäfte machte.“¹⁴

2. Während der Zwangswirtschaft in beiden Weltkriegen wurde vollends auf Quantität umgestellt: Militärtuch, -decken, Zeltbahnen, Brotbeutel, ab 1917 ganze Uniformen.

Wegen der schwierigen Rohstoffversorgung wurden Ersatzrohstoffe genutzt, im Ersten Weltkrieg Natronpapier oder Baumwollabfälle für Strohsäcke, im Zweiten Weltkrieg Zellwolle. In den 20er Jahren gewann Arbeitskleidung für das Ruhrgebiet an Bedeutung. In den 30er Jahren kamen Polizeiuniformen sowie SS- und SA-Hosen hinzu, zu deren Herstellung auch jüdische Fabrikanten gezwungen wurden.

Der Erste Weltkrieg brachte 1916 / 17 ein Hungerjahr. Ab 1921 wurde die belgische Zollgrenze zum Deutschen Reich am Rhein wirksam. Damit wurde der Bezug von Rohstoffen, vor allem Kohle, von dort schwierig. Zugleich brachen die dortigen Absatzmärkte ein.

Eine nie gekannte Arbeitslosigkeit setzte 1923 ein: „Die Empfänger von Erwerbslosenunterstützung leben mehr unter als auf dem Existenzminimum.“¹⁵ Auf öffentliche Unterstützung waren 20% der Einwohner angewiesen. Nach Remscheid wies MG 1926 die höchste Erwerbslosenquote in Deutschland auf.

3. Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden einige neue Schwerpunkte in der Bekleidungsindustrie: Knaben- und Herrenkonfektion, knielange Wanderhosen, ländliche Arbeitskleidung. Ab 1950 wurden auch Hosen und Joppen sowie einfache Anzüge und Mäntel gefertigt. Mit dem Aufbau von Bundesgrenzschutz und -wehr sowie der Ausstattung der Polizei wurde weiterhin Massenware erzeugt, zumal diese für Bergleute wegen der Ruhrbergbaukrise weniger nachgefragt wurde.

4. Die Industriestruktur prägte die Einwohnerschaft in MG: 1912 wurden 74,5% zur Unterschicht gezählt, 19,7% zur relativ kleinen Mittelschicht, 2,6% zur Oberschicht.¹⁶

In MG setzte das starke Zentrum nach 1918 einen pragmatischen Kurs zusammen mit den Sozialdemokraten durch, auf die nur 5% - 6% der Wählerstimmen entfielen. In Rheydt blieben dagegen die Stadtverordneten überwiegend protestantisch und preußisch orientiert.

Beide Städte schlossen sich 1929 – nicht ohne Druck von außen – zusammen (etwa 200.000 Einwohner).

5. Gab es Alternativen für MG, Chancen, einen dynamischeren, vielleicht sogar alternativen Weg in-

dustrieller Entwicklung einzuschlagen? Das Liebügeln mit Frankreich, 1919 und 1923, und / oder einer Rheinischen Republik hätte einen solchen Weg auf keinen Fall eröffnet. Die Separatisten waren schwach, wirtschaftsfern und konzeptionslos.

Ihre Existenz weist vor allem auf die traditionelle Ablehnung von Preußen, die dortige Kriegstreiberei, den militärischen Drill, polizeiliche Grobheit und „ungerechte Besteuerung“.

Die damalige belgische Besatzung konnte nicht dauerhaft sein. Ein Abfall vom deutschen Reich wäre wahrscheinlich während der Weimarer Republik, ganz sicher aber ab 1933 zurückgenommen worden.

Gab es Gründe für den Niedergang der Stadt, die mit den Weltkriegen zusammenhängen?

Der nicht seltene Hinweis auf die Bombardierungen – erste ab 1940, sieben Großangriffe 1943 – 1945, die 43% der Wohnungen, weitaus mehr in Rheydt, zerstörten – trägt nicht.¹⁷ Andere Städte mit ähnlich großen Kriegsschäden erholten sich in den 50er und 60er Jahren.

2. Industrieller und kommunaler Niedergang

2.1 Deindustrialisierung seit 1950

1. Die Textilindustrie ist häufig in wenig industrialisierten Gebieten angesiedelt. Ihre Charakteristika dort sind: niedrige Arbeitskosten, lange Wochenarbeitszeiten, dürftige Sozialleistungen und Verzicht auf anspruchsvolle umweltpolitische Regulierungen. Einigen wirtschaftlich rückständigen Ländern ist es allerdings gelungen, sie als erste Phase eines dynamischen Industrialisierungsprozesses zu nutzen. Um diesen voranzutreiben, sind ein starker Staat, eine wettbewerbsorientierte lokale Unternehmerschaft, hohe ausländische Direktinvestitionen sowie sich schnell intensivierende internationale Verflechtungen, die den lokalen Lernprozeß füttern, unverzichtbar.¹

2. Wegen des Nachholbedarfs kam es ab 1950 in der Textilindustrie MGs zu einem kurzen Aufschwung. Jedoch war die Wirtschaftsstruktur der um 1926 vergleichbar, die Standortqualität seit langem vernachlässigt, die wirtschaftliche Diversifizierung kaum vorangekommen.

Zugleich setzte der jahrzehntelange Niedergang des Textilkomplexes ein. Der sekundäre Sektor verlor nach 150 Jahren seine dominierende Rolle in der Wirtschaft. Die lokalen Unternehmen hatten der europäischen Integration und der neuen internationalen Arbeitsteilung, die von Bund, Ländern und Wirtschaftswissenschaftlern begrüßt wurden, wenig entgegenzusetzen.

In MG schlossen 1954 bis 1967 48, in Rheydt 27 Textil- und Bekleidungsbetriebe. Von 1964 bis 1974 nahm die Zahl der Textilbetriebe in MG von 170 auf 90, die der Bekleidungsbetriebe von 137 auf 99 ab.² Vor allem Unternehmen mit den typischen Billigprodukten (Anzüge, Mäntel, Arbeitskleidung u.ä.) gaben auf. Das Argument, es habe sich um die übliche leistungsschwache „dritte Unternehmergegeneration“ gehandelt, deren Erwerbstrieb erschlaft sei, mag für

einige Unternehmer zutreffen, trägt jedoch insgesamt keineswegs. Aber auch die Europa- und, ab den 60er Jahren, Weltmarktkonkurrenz war nicht die alleinige Ursache:

- Das Investitionshilfegesetz von 1952 zugunsten der Grundstoff- und Schwerindustrie entzog dem Handwerk und der Konsumgüterindustrie Kapital.

- Neue Belastungen, z.B. die Reform der Sozialleistungen (Arbeitgeberanteil), trafen besonders die arbeitsintensive Produktion.

- Die lokalen Unternehmer vernachlässigten sogar nach Ausbruch der Krise Konzentration, Rationalisierung und Mechanisierung.

3. Seit 1955 bleibt MG hinter der Dynamik der deutschen Wirtschaft zurück. Zwar war die gesamte Region Mittlerer Niederrhein / MN betroffen. Dort gab es 1970 etwa 500 Textilunternehmen, 1987 noch 160; 32.966 Arbeitsplätze gingen verloren, in MG (seit 1960) mehr als 20.000 (Arbeitslosenquote, 1987, 12%). Aber Krefeld und vor allem Neuss erholten sich schneller als MG.

In einigen Fällen kam es zur Verlagerung ganzer Unternehmen, häufiger jedoch von Betrieben in Länder mit niedrigen Arbeitskosten. Erwähnt sei ein Unternehmer, der seinen Betrieb zunächst nach Nordportugal verlagerte (Begründung: „Arbeitskosten 2-3x niedriger“), dann nach Tunesien (6x) und schließlich nach Indien (12x). Er hastete der neuen internationalen Arbeitsteilung entgegen, letztlich wahrscheinlich, ohne seinen Betrieb zu retten.

4. Der Niedergang erfolgte in fünf Stufen:

- 1) Die erste große Krise brach 1957 wegen der Kohle- und Stahlkrise im Ruhrgebiet aus, wo die Nachfrage nach Arbeitskleidung schrumpfte. Die Arbeitsstunden in der Textil- und Bekleidungsindustrie in MG nahmen ab. Seit Einsetzen der Rationalisierungsmaßnahmen ab 1963 gingen immer mehr

Arbeitsplätze auch durch Produktivitätsfortschritte verloren.

2) Die deutsche Rezession von 1966/67 vertiefte den Einbruch. Der Absatz in MG fiel um 15% (Textil 13,7%, Bekleidung 12 %). Zwar wuchsen nun die Ausfuhren; weit wichtiger aber war die Zunahme der Einfuhren. Die importbedrohte Fertigung wurde aufgegeben. Eine Spezialisierung auf hochwertige Qualitäten in Gewebe und Kleidung (industrielle Gewebe, Heimtextilien, Oberbekleidung) setzte ein.

3) Bis Anfang der 80er Jahre schlossen fast alle großen Unternehmen beider Branchen. Die Rezession 1974/75 zwang die übrig gebliebenen Unternehmen mit traditionellen Produkten und Absatzkonzepten zur Aufgabe. In Rheydt entfielen auf Textil und Bekleidung nur noch 30% der Industriekapazität.

4) Auch in den 90er Jahren sank die Zahl der Unternehmen des Textilkomplexes. Im sekundären Sektor ließen sich nun – gemessen an der Präsenz im Arbeitsmarkt – zwei Gruppen unterscheiden:

- Die kleinere (Vorprodukte, Hilfsstoffe, Hilfsmittel, z.B. alle Arten von Energie, Farben, Ölen, Kunststoffen und Metall) wurde durch den Niedergang des Textilkomplexes überwiegend stark getroffen.

- Die größere (Metallverarbeitende Industrie, Elektroindustrie, Bauwirtschaft) stimulierte mit neuer Technologie z.B. die Textilveredlung und erreichte einen hohen Exportanteil. Ab 1975 wurde allerdings deutlich, daß der Maschinenbau wegen der Sättigung des Bedarfs in In- und Ausland an die Grenzen der Wachstums- und Absatzmöglichkeiten stieß. Besonders in Rheydt gingen einige Unternehmen zu Spitzentechnologien (z.B. Glasfasertechnik für die Kabelherstellung) über. Auch sie sind heute in einer kritischen Lage.

5) In der Krise seit 2008 verändert sich das neue Unternehmensmuster erneut. Bereits im ersten Halbjahr 2007 war in MG die Zahl

der Unternehmen, die Insolvenz anmeldeten, höher als in anderen Städten NRW. ³ Auch 2008 war sie besonders hoch (20,8%, NRW 10,8%). ⁴

Nachfrage- und Finanzierungsprobleme trafen den Maschinenbau besonders stark. Von Januar bis August 2008 lag der Auftragseinbruch bei 42% (Spinnereimaschinen 51%). Im Februar 2009 erwarteten 80,3% der Unternehmen eine Geschäftsverschlechterung (Ende 2008 32,9%). ⁵

5. Um den Begriff „Deindustrialisierung“ wurde in MG gerungen. Henning sprach von einem „langen industriellen Abschwung“ ⁶; Rouette von einem „Umstrukturierungsprozess“ ..., „ der vielleicht an seinem Ende der Textil- und Bekleidungsindustrie“ in MG und Umgebung „nur noch eine marginale Rolle zuweist“. ⁷

Meint „Industrialisierung“, daß der industrielle Sektor relativ zur Landwirtschaft an Bedeutung gewinnt, bedeutet „Deindustrialisierung“, daß der Dienstleistungssektor relativ zur Industrie gewinnt. Dies gilt hauptsächlich für die verarbeitende Industrie, jedoch auch bei Einbeziehung von Bergbau, Bau- und Energiewirtschaft (sekundärer Sektor).

In MG wirft die Kumulation der fünf Einbrüche die Frage auf, ob weiterhin von einer Industrielandschaft und –gesellschaft gesprochen werden kann. Im Hinblick auf Beschäftigung und Verfassung vieler Einwohner wohl nicht.

2.2 Vier Anmerkungen zum Textilkomplex

1. Obwohl relativ niedrige Arbeitskosten gegeben waren, fielen die traditionellen Industrien im Branchenvergleich immer weiter zurück: hinsichtlich Innovation, Produktivität und Wertschöpfung. Damit wurde der Spielraum für Lohnsteigerungen noch enger. Der lokale Konsum wuchs langsam. Dagegen stiegen die nationalen

Durchschnittslöhne. Eine Diversifizierung der lokalen Wirtschaft hätte höhere Lohnniveaus ermöglicht. Viele Unternehmer aber besaßen an dieser wenig Interesse, um nicht die eigenen Betriebe zu gefährden.

2. Zwischen der Textil-, Bekleidungs- und Textilmaschinenindustrie, auch der Textilveredlung und dem Textildruck, zudem zu den Umfeldinstitutionen, bestanden durchaus Beziehungsgeflechte. Aber anders als etwa die Stahl- oder Kfz-Industrie formt der Textilkomplex eher schwache Cluster. Im Niedergang brach das bestehende Cluster schnell auf. Für die Gruppe wettbewerbsstarker Unternehmen, die nun heranwuchs, war es wenig attraktiv.

3. Zum Niedergang trugen internationale, nationale und lokale Faktoren bei. Die Standortqualität blieb vor allem deshalb gering, weil Unternehmen und Kommune als starke Motoren ausfielen. Aber hätten die Anziehung in- und ausländischer Investoren, finanzielle Förderprogramme und die Stärkung des institutionellen Rahmens den Niedergang aufgehalten?

Sicherlich nicht ohne hohe Bildungsinvestitionen in die entlassene Arbeiterschaft der traditionellen Industrien, um die Attraktivität für Investoren zu erhöhen. Wohl auch nicht ohne einen politischen Neuanfang.

Die Schrumpfung der Textil- und Bekleidungsindustrie war auf keinen Fall zu stoppen.

4. Die Einbrüche der Textil- und Bekleidungsindustrie (*Schaubild 1*) zogen bei einigen Unternehmen des Textilmaschinenbaus eine Dauerkrise nach sich. Vermutlich vermochten sie die Beziehungen zu diesen Branchen nur teilweise zu ersetzen.

Einige theoretische Annahmen zur Veränderung der internationalen Arbeitsteilung erwiesen sich in MG als fragwürdig. Wie lange können Unternehmen des Textilmaschinenbaus vor Ort erfolgreich sein, wenn in China und anderen

Schwellenländern⁸ die schnell wachsende Textil- und Bekleidungsindustrie eine solide Basis für den dortigen, ebenfalls weltmarkt-orientierten Maschinenbau bietet? Schon heute macht China beim Maschinenbau mehr Umsatz als Deutschland.⁹

Wird es immer wieder gelingen, trotz der technisch-industriellen Aufholprozesse in den Schwellenländern, die sich beschleunigen, neue technisch – organisatorisch - finanzielle Wettbewerbsvorteile auszuspielen? Obwohl einige dieser Länder zu Spitzentechnologien und breiter Wissensdiffusion vorstoßen und dennoch in vielen Branchen weiterhin niedrige Arbeitskosten aufweisen – die auch von deutschen Unternehmen genutzt werden?

Oder bereiteten sich manche Unternehmen in MG unzureichend auf den weltwirtschaftlichen Wandel vor? Hat sie außerdem die Liberalisierung des Finanzsystems schon vor Ausbruch der Krise zerrüttet? Es gibt Fälle mehrfachen Verkaufs, z.T. bei folgender Aufbüdung des Kaufbetrages durch Finanzinvestoren:

1) In MG wurde 1856 die „Werkstatt Franz Müller“ gegründet, 1992 Sucker – Müller – Hacoba, 1996 die Moenus AG (diese drei, Krantz, Babcock Textilmaschinen / Artos). Einzelne Betriebe befanden sich schon lange in einer Krise. Zur ersten Insolvenz der Moenus AG kam es 2001. Sie wurde 2006 durch den Finanzinvestor Lone Star übernommen. Diesem gelang es nicht, das Unternehmen zu verkaufen.

Die zweite Insolvenz erfolgte 2007. Angeblich machte die Moenus AG jeden Monat etwa eine Million Euro Verlust.

Schließlich wurde sie in die ursprünglichen Teile zergliedert. Diese wurden an Textilmaschinenunternehmen in MG und anderswo verkauft.

Schaubild 1

Überblick zum sekundären Sektor

1. Im sekundären Sektor waren 1950 64,4% der Erwerbsfähigen tätig, 1970 um die 50%, 1987 40,9% und 2009 30,4%.

In diesem Sektor nimmt die Zahl der Beschäftigten weiter ab, von 1990 bis 2000 von 44.348 auf 30.100. Im verarbeitenden Gewerbe waren Mitte 2007 18.331 der insgesamt 80.949 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (22,6%) tätig.

Zahl der Beschäftigten nach Branchen (Beispiele):

- Textil, Bekleidung	1992-2003	- 4.700	(- 71%)
- Maschinenbau		- 4.600	(- 47%)
- Papier-, Holz- und Druckindustrie		- 2.600	(- 64%) ¹⁰

2. Auf 130 Betriebe des verarbeitenden Gewerbes entfielen im Dezember 2005 16.394 Beschäftigte:

- Maschinenbau	29	5.112
- Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten, Elektrotechnik u.ä.	23	4.245
- Textil- und Bekleidungsgewerbe	18	2.015
- Metallherzeugung und -bearbeitung		
Herstellung von Metallerzeugnissen	17	1.434
- Papier, Verlags- und Druckgewerbe	12	1.224
- Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	11	1.176
(Handwerk)	1.803	17.251) ¹¹

3. Der Exportumsatz im verarbeitenden Gewerbe lag 2007 bei 1.800 Mio. Euro (Krefeld 4.075 Mio. Euro).

Der Anteil des Auslandsumsatzes an der Region MN belief sich auf 13,4% (Viersen 7,1%, Krefeld 30,4%, Neuss 49,0%).¹²

Am Ende stand, wie üblich, die Personalentwicklungs- und Arbeitsmarkt-agentur, die „fit“ für den Arbeitsmarkt machen soll. Unternehmen dieses Typs sind für die Belegschaft unzumutbar! Es gibt sie keineswegs nur in Entwicklungsländern.

2) Bei Schlafhorst waren in den 90er Jahren noch etwa 5.000 Personen beschäftigt., 2006 1.300 (noch immer war die Schlafhorst - Gruppe sechstgrößter Arbeitgeber in MG!). Der Schweizer Maschinenbauer Saurer übernahm die Gruppe 1991. Ende 2006 kaufte der Mischkonzern Oerlikon das Unternehmen. Dieser zählte die Textilsparte ab März 2009 nicht mehr zum Kerngeschäft.

Die Produktion wurde nun nach Übach – Palenberg verlegt, der Rest des Unternehmens zerlegt und verkauft.

In MG verblieben ein Showroom, Vertrieb und Service, 361 Beschäftigte.

Der ehemalige Saurer–Textilbereich war wegen erheblicher Defizite unverkäuflich. Schlafhorst wurde 2009 insgesamt geschlossen.

Die Manager beider Unternehmen waren seit langem unfähig. So verlagerte Sucker Produktion in die Tschechische Republik, wo sie sich als kostenintensiver als in MG erwies, also zurückgeholt wurde. Zudem wechselten die Manager rasch. Es kam zu Dekapitalisierung und Überschuldung. Die hochqualifizierten Monteure verließen die Moenus AG. Sie fanden sofort Arbeit in anderen Unternehmen des Textilmaschinenbaus.

2.3 Strategien wettbewerbsstarker Unternehmen

Im allgemeinen Niedergang gelang es einer Gruppe überwiegend mittelgroßer Unternehmen, durch radikale Modernisierung internationale Wettbewerbskompetenz zu erringen.¹³ Einige sind weiterhin Familienunternehmen. Sie verfolgen unterschiedliche Strategien (*Schaubild 2*):

1. Einige Textil- und Bekleidungsunternehmen sind aufgrund hochwertiger Produkte, Design, Mode und Vertrieb wettbewerbsstark. Die Zahl ihrer Arbeitsplätze in MG ist gering; produziert wird meist im Ausland. Sie sind mit ihren Qualitäts-, meist auch Hochpreisprodukten in vielen Ländern präsent. In diese Gruppe fallen wohl auch Unternehmen wie Ambiente Fashion, Priess oder Conque.

2. In anderen wettbewerbsstarken Unternehmen spielt die Massenproduktion, insbesondere von technischen Textilien, eine zentrale Rolle. Manche wurden von Tuchherstellern zu Systemlieferanten, sind weltweit engagiert und weisen z.T. ausländisches Beteiligungskapital auf.

3. Auf Massenproduktion und Automatisierung setzt auch der verbliebene Textilmaschinenbau. Produziert werden vor allem Spezialmaschinen. Fast alle Unternehmen sind weltweit tätig. Dies gilt vermutlich auch für SMS Meer, DS Technologie sowie Scheidt und Bachmann.

Wenige der wettbewerbsstarken Unternehmen beliefern fast nur Kunden in Deutschland (z.B. KARTEN Druck & Medien GmbH & Co. KG: Qualitäts- Offsetdruck, umfangreiche Qualitäts- und Umweltzertifizierungen).

Die hohen Ausfuhren von Unternehmen wie den genannten haben eine hohe Exportquote der Industrie (2001 42,6%; NRW 35,4%; Deutschland 37,0%) sowie hohe Industrieinkommen (2009 3.319 Euro pro Monat; NRW 3.217) zur Folge.

Die Krise löst ein Problem der Kapazitätsauslastung aus. Sie führt zu Kurzarbeit und Entlassungen.

Mit neuen großen Unternehmen ist in MG kurz- bis mittelfristig nicht zu rechnen. Zukunftschancen scheinen einige kleinere Unternehmen des Designer-Nachwuchses zu besitzen (SPOCHTSFRAU, By Eve, Eva Brachten, Barbara Schwinges, Herzogenrath, ja s tobj).

2.4 Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft – ein neuer Niedriglohnsektor

In der Industrie werden mehr Arbeitsplätze abgebaut, als im Dienstleistungssektor geschaffen. Wahrscheinlich gehen auch in den kommenden zwei Jahrzehnten in der Chemischen Industrie, Metallherzeugung und –bearbeitung sowie im Textil- und Bekleidungsbranche Arbeitsplätze verloren. Dagegen wird dies im Maschinenbau, der Elektrotechnik und der Automobilindustrie kaum erwartet. Ein Beschäftigungswachstum zeichnet sich in den Wachstumssektoren Versicherungsgewerbe sowie Forschung und Entwicklung ab, die in MG allerdings geringe Bedeutung besitzen.¹⁴

Abgesehen von einigen Handelsbranchen gewinnt in MG der nicht selbst wirtschaftende Dienstleistungssektor an Bedeutung; „eine dem gesamten tertiären Sektor eigene Dynamik konnte nicht beobachtet werden.“¹⁵

Der Dienstleistungssektor fängt zwar einen Teil der Folgen des Niedergangs im sekundären Sektor auf; zugleich aber ersetzt er den traditionellen Niedriglohnsektor (Textil, Bekleidung) durch private Dienste, insbesondere die distributiven und haushaltsorientierten Dienste.

Schaubild 2

Wettbewerbsstarke Unternehmen des Textilkomplexes in MG (Beispiele)

1. Textil und Bekleidung

- van Laack GmbH, seit 128 Jahren in MG (das „königliche Hemd“, Premiumprodukte statt anonymen Massenartikel, Produktion im Ausland, z.B. in Italien),
- Brandts Tuche GmbH, Nachfahre von Franz Brandts (Design und Vertrieb von Tuchen für hochwertige Herrenkonfektion, Vertragswebereien in China),
- CINQUE MODA GmbH („italienischer Lebensstil“, „Ästhetik der Lässigkeit“, Damen- und Herrenkonfektion, Freizeit- und Businessoutfits, Accessoires, Preise im oberen Mittelsegment),
- ALBERTO GmbH & Co. (Hosen für Männer, Exportanteil 52%, in 42 Ländern präsent),
- Marc O'Polo International GmbH (Ursprung Schweden / USA, Premium Casualwear Segment, Fashion Business, weltweit 190 Monostores, Franchise Partner),
- Fynch – Hatton Textilgesellschaft mbH (hochwertige Pullover, Sweat- und Polo-Shirts, hochqualifizierte Vertragsstrickereien)

2. Massenproduktion von Textilien

- AUNDE Achter und Ebels GmbH (Polsterstoffe, technische Textilien für die Automobilindustrie, ab 1982 Internationalisierung zur AUNDE Gruppe, Systemlieferant von vollständigen Fahrzeugsitzen, Übernahmen von ESTEBAN / Spanien und ISRINGHAUSEN, 86 Werke in 24 Ländern, insgesamt 14.000 Mitarbeiter),
- TAG Composites & Carpets GmbH (Veredlung von Textilien für viele Anwendungsgebiete, so innovative Ausrüstungen, Beschichtungen und Laminierungen von Textilien, europäischer Marktführer im Segment der Auftragsveredlung für Teppichböden),
- Willy Schmitz Tuchfabrik GmbH & Co. KG (ca. fünf Millionen Meter Textilien pro Jahr, 180 Mitarbeiter, Mode- und technische Textilien, weltweit tätig)

3. Textilmaschinenbau

- A. Monforts Textilmaschinen GmbH & Co. KG (Maschinen und Anlagen zur Veredlung von Web- und Maschenwaren, Beschichtungsanlagen für Technische- und Funktionstextilien, z.B. Färben, Appretieren und Ausrüsten, kompressives Krumpfen, Technologien für umweltschonende Produktionsprozesse / Ökotechnik, z.B. Anlagen zur Abluftreinigung und Wärmerückgewinnung für die Textilindustrie),
- Trützscher GmbH & Co. KG (aus dem sächsischen Crimkitschau, seit 1948 in MG, Spezialmaschinen für die Textilindustrie, vier Fertigungsstätten in Deutschland, weitere fünf weltweit, in MG Sitz der Zentrale der Gruppe, Fertigung, Forschung und Entwicklung),
- Josef Krückels Textilmaschinen GmbH (qualitativ hochwertige Gebrauchtmaschinen aus dem Textilsektor, weltweite Verbindungen),
- TEXTECHNO Herbert Stein GmbH & Co. KG (automatische Faser- und Garnprüfinstrumente, automatische Gleichmäßigkeits-, Feinheits- und Festigkeitsprüfgeräte für Garne / STATIMAT DS, weltweit einzige Feinheits- und Festigkeitsprüfgeräte für hochfeste Garne und Karbonfasern / STATIMAT, 4 U / FAVIMAT-ROBOT 2, LENZING INSTRUMENTS / Österreich, Online-Meßsysteme/OLM, Lieferungen in mehr als 80 Länder),
- Reiners + Fürst GmbH & Co. KG (Zulieferer für Ringspinnmaschinen weltweit, 10.000 verschiedene Läufer-Ausführungen für jede Art von Garnen, rd. eine Milliarde Stück pro Jahr).

Schaubild 3

Tertiärer Sektor: Branchen mit dem höchsten Beschäftigtenanteil

- Gesundheitswesen	11,97%	
- Dienstleistungen für Unternehmen	9,57%	
- Einzelhandel	9,48%	
- Handelsvermittlung und Großhandel	7,24%	
- öffentliche Verwaltung	7,1 %	(1983 9,4%) ¹⁶

Das Wachstum der letzteren liegt über dem NRW – Durchschnitt. Zu ihnen zählt insbesondere das Gesundheitswesen. Hinzu kommen „Gaststätten, Reinigung und Körperpflege“. Der industriellen Monostruktur folgt also die der haushaltsorientierten Dienste, die erneut von wenig qualifizierten Arbeitskräften getragen wird (*Schaubild 3*).

2.5 Sozialer Niedergang der Kommune

Eine Wirtschaft, die schrumpft, wirkt weit ungerechter als eine, die wächst. Seit Ausbruch der Textilkrise nehmen – mit wenigen Unterbrechungen – die Beschäftigungsprobleme in MG zu.

1. Die öffentlichen Angaben geben unzureichend Aufschluß über die Zahl der Arbeitslosen (*Schaubild 4*). Etwa 25.000 Personen suchen Arbeit.

2. Auf den Niedriglohnsektor (1 Euro-, 400 Euro-Jobs, Zeitarbeit, Aufstocker u.ä.) entfallen wahrscheinlich ebenfalls etwa 25.000 Personen. Drei Tendenzen zeichnen sich ab: ein starkes Wachstum der Zahl von Niedriglohnbeziehern, sinkende Durchschnittslöhne bei dieser Gruppe und weitere Lohnspreizung.

3. Hinzu kommen mehr als 10.000 Ehepartner, die nicht arbeiten, etwa 20.000 bis 25.000 Kinder sowie einige Tausend illegal arbeitende Ausländer (mit Drei-Monats-Visen), die von Zugewanderten immer wieder eingeladen werden. Es handelt sich (ohne Sozialhilfeempfänger) vielleicht um 40.000 Personen.

Genauere Angaben würden detaillierte Analysen erfordern, die bei den Definitionen ansetzen. Von der wirtschaftlichen Exklusion sind insgesamt (ohne Sozialhilfeempfänger) etwa 90.000 Personen, ein Drittel der Einwohner, betroffen. Eine erstaunliche Größenordnung!

4. Zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Lage in einer Kommune besteht – bezogen auf die unteren 40% bis 30% - ein enger Zusammenhang. So gibt es in MG mehr Risikofaktoren als in 13 anderen Kommunen NRWs (*Schaubilder 5 und 6*).

Schaubild 4 **Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung**

1. Arbeitslose, Deutschland: ca. 3.3 Mio. (Okt. 2009):

- 1 Mio. ohne regulären Job werden nicht mitgezählt, also 4.3 Mio.,
- Kurzarbeiter (bis zu zwei Jahre): ca. 1.3 Mio. (bei Umrechnung in Arbeitslose fehlen 430.000 Vollzeitarbeitsplätze),
- Insgesamt also etwa eine Beschäftigungslücke von fünf Mio., diese wird bis 2011 zunehmen.¹⁸

2. Arbeitslose, MG: 15.607 (12%), ARGE-Klientel: mehr als 30.000

- Arbeitssuchende, April 2009: 24.798,²⁰
- Kurzarbeit 9.500,
- Zeitarbeit in Deutschland, Mitte 2009: ca. 500.000, seit Mitte 2008 um etwa 230.000 geschrumpft, in MG mehr als jeder Vierte entlassen; Zeitarbeit entfällt in MG größtenteils auf kleinere Betriebe,
- Teilnehmer an ausgewählten Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik: 7.633 (Gründungszuschuß 917, Existenzgründungszuschuß 65)

3. Einwohner mit Migrationshintergrund, 2006:

- mit 2. Staatsangehörigkeit	22.977	(8,6%),
- Nichtdeutsche	27.556	(10,4%),
zusammen	50.533	(19%) ²¹

Bei den Einwohnern mit 2. Staatsangehörigkeit liegt der Arbeitslosenanteil über dem MG – Durchschnitt, bei den Nichtdeutschen bei etwa 24%.

Schaubild 5

Sozialer Niedergang

1. Die Säuglingssterblichkeit ist extrem höher (10,3 auf 1.000 Geburten) als in Krefeld (4,8), Aachen (3,2) und dem Bundesgebiet (3,8). Überproportional viele der betroffenen Eltern sind ALG-II-Empfänger oder haben ein besonders niedriges Einkommen (schlechtester Wert für NRW: Mülheim 12,3; NRW 4,8). Deutschland liegt im europäischen Mittelfeld, weit hinter Schweden, Finnland und Norwegen.
2. Lebenserwartung im Vergleich zum Bundesdurchschnitt:

Frauen – 1 Jahr,
Männer –1,3 Jahre,

Frauen 80,3 (Kreis Würzburg 83,6) Jahre,
Männer 74,8 (Kreis Müden 79,6) Jahre

Häufiger als im Durchschnitt (Bund):

- „vermeidbare Sterbefälle bei Herzkrankheiten“,
- Schlaganfälle, Herzkrankheiten, Lungenkrebs

Ursachen: mangelnde Früherkennung,
Lebensweise (Rauchen, Alkoholismus, Übergewicht [nur 41,7% sind normalgewichtig] ²²⁾

3. MG weist das höchste Durchschnittsalter in NRW auf.
4. 2006 gab es 7.500 Familien in besonderer Belastungssituation: Alleinerziehende, Kinderreiche, Familien mit Migrationshintergrund. ²³⁾
5. Die Wohnsituation ist relativ günstig (Rang 14 von 50 Großstädten), der Anteil der Mieter relativ gering. Auch die Mietpreise sind günstig (Sept. 2008 559 Euro; Rhein-Kreis Neuss 669 Euro, Düsseldorf 850 Euro). Ebendies gilt für den Kaufpreis für Häuser mit 120 m² Wohnfläche (192.233 Euro; Rhein-Kreis Neuss 245.953 Euro, Düsseldorf 290.625 Euro).
6. Bei „Beruf und Familie“ erreichte MG Rang 34, bei den „Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche“ Rang 18. ²⁴⁾
7. MG hat eine für eine Großstadt „unterdurchschnittliche örtliche Kriminalitätsrate“. ²⁵⁾
Aber: Nahezu zehn Prozent aller 14 bis 20-Jährigen verüben eine Straftat und werden dabei erwischt. Es besteht ein hohes Eskalationspotential.“ ²⁶⁾

„Von 2003 bis 2008 sank in MG die Zahl der gemeldeten Straftaten um 17,1%. Bezogen auf 100.000 Einwohner sank die Zahl der gemeldeten Delikte um 5,8%.“ (Rang 6). „Der Anteil der aufgeklärten Fälle an allen gemeldeten Straftaten fiel um 2,1%. Im Mittel aller Städte verbesserte sich die Aufklärungsquote um 2,7%“. (Rang 44).

Es gibt einen kommunalen Ordnungsdienst, gemeinsam mit der Polizei, eine MG – Sicherheitskonferenz, die erste in NRW, sowie Projekte wie „Kids in MG“, „JIT / Jugendliche Intensivtäter“, „Streetworker“, „Videoüberwachung in der Altstadt“.

Schaubild 6

Bildung als Ausweg? Bisher nicht.

1. Betreuung der Kinder unter drei Jahren in Kindertagesstätten
2007: MG 5,1% (Rang 49)
2009: MG 5,4% - NRW 12%
Durchschnitt der 50 Großstädte, 2007: 17,6%
2. Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß:
2003 – 2007: MG + 0,8% (Rang 43)
Durchschnitt der 50 Großstädte: - 1%.
In MG verlässt fast jedes dritte Kind einer Hartz - IV- Familie die Schule ohne Abschluß.
3. „Bildung und Ausbildung“: Rang 38 der 40 größten deutschen Städte, 2007
„Schüler – Lehrer – Relation“: Rang 9, 24,2 Kinder in Grundschulklassen ²⁷
4.
 - Die wenigsten „Schüler pro Klasse“ lernen in den neun Gymnasien MGs (27,9), die meisten im Rhein – Kreis Neuss (28,9; NRW 28,2).
 - In MG teilen sich 17,8 Gymnasiasten einen Lehrer (Krefeld 18,6; NRW 18,2; Bund 17,8)
 - Ausgaben pro Schüler/in: NRW 4.500, Deutschland 4.900 Euro pro Jahr
 - In MG ist es schwierig, geeignete Schulleiter zu finden. Nicht wenige Lehrer wandern ab.
5. Traditionell besteht eine starke Abwanderung von Abiturienten und Akademikern. Wegen Mangel an Fachlehrkräften müssen altsprachliche Züge (Latein, Griechisch) bald aufgegeben werden. Eine Konzentration auf Englisch und Französisch, Mathematik und Naturwissenschaften könnte zur Verbesserung der Lage MGs beitragen. Auch Facharbeiter wandern ab.

Die Universitäten NRWs schnitten bei der Exzellenzinitiative mäßig ab. Bis 2020 werden wahrscheinlich ½ Mio. Hochqualifizierte abwandern.
6. Anteil der Hochqualifizierten in MG: 7,3 % (Rang 46). Unter vergleichbaren Städten in Deutschland hat MG die wenigsten Hochschulabsolventen. ²⁸ An der Hochschule Niederrhein (Krefeld / MG) gibt es etwa 10.000 Studenten.

2.6 Anhaltende Unfähigkeit der kommunalen Akteursgruppen zu strategischer Intervention zwecks Zukunftsorientierung

Ab 1918 verlor die dominierende Gruppe preußisch – protestantischer Politiker, Verwalter, Offiziere, Rechtsanwälte, Ärzte und Unternehmer an Einfluß; nach 1945 trat sie ab.

Die katholischen Unternehmen hatten sich ab 1900 mit den protestantischen arrangiert.

Beide vermochten jedoch nicht an die Stelle der ehemals dominierenden Akteure zu treten - bis 1926 wegen der belgischen Besatzung und der tiefen Textilkrise, dann wegen der Weltwirtschaftskrise und des Nationalsozialismus, ab 1950 wegen der Deindustrialisierung. Freilich vermochten sie ihre spezifischen Unternehmensinteressen wahrzunehmen.

Im machtpolitischen Quasi-Vakuum der Nachkriegszeit machte sich ein politischer

„Klüngel“ breit: Bauunternehmer, Kaufleute, Immobilienmakler, Rechtsanwälte, Handwerker, Sportfunktionäre. Er verdrängte die Konkurrenten um die politische Macht und arrangierte sich mit der Wirtschaft, insbesondere der Bauwirtschaft, fast ohne die Standortvorteile der Industrie zu verbessern.

Mit der Textilindustrie verlor auch der soziale Katholizismus an Bedeutung. Übrig blieben ein lokaler Katholizismus ohne viel Attraktivität – und eine 94.000 Bände umfassende Bibliothek, die in der Stadtbibliothek aufbewahrt wird.

Seit der Nachkriegszeit gewinnt die CDU in MG die Wahlen. Allerdings hat sie in den letzten Jahren an Integrationskraft verloren (2004 43,1%; 2009 36,0%).

Oberbürgermeister, Stadtdirektor und Aufsichtsratsvorsitzender der Wirtschaftsförderung MG ist Norbert Bude (SPD, 2009 49,3%).

Die Eigeninteressen mancher Kommunalpolitiker stellen bei vielen Einwohnern, auch CDU-Wählern, ein beliebtes Thema dar. Meist werden sie belächelt! So auch die Korruption, vor allem in der Bauwirtschaft. Sie erreicht wohl nicht die Größenordnung in Köln oder Viersen. Oppositionspolitikern wird manchmal vorgeworfen, sie würden durch „kleine Korruption“ (Grundstücke, Kredite u.ä.) eingebunden.

Gesprächspartner in MG äußern häufig, sie besäßen eine geringe Meinung zu den lokalen politischen Akteuren und der Stadtverwaltung. Diese wird durch immer neue Meldungen in den Medien (z.B. mehrfacher Nachdruck fehlerhafter Stimmzettel, Unzulänglichkeiten in Justiz oder Wirtschaftsförderung) genährt.

Hätte eine andere Partei als die CDU die Zukunftsinteressen von MG besser artikulieren und wahrnehmen können? Die kleinbürgerlich geprägte SPD war lange kaum mehr als ein politisches Anhängsel des „Klüngels“. Dieser Begriff, eine „folkloristische Verharmlosung“²⁹, weist im

Kern auf die politische Schwäche der Industriebourgeoisie am Niederrhein. In MG vermochte sie der Stadtpolitik keine Richtung zu geben. Die stete Klage, „andere“ seien für den Niedergang verantwortlich, läuft ins Leere – ähnlich wie das Dependenztheorem, die Imperialmacht USA habe Lateinamerikas Rückstand verursacht.

Wegen des vergleichsweise hohen Anteils der Industrie an der Wirtschaft wies Rheydt einen höheren Anteil an Sozialisten und Kommunisten – und dann auch an Nationalsozialisten – auf als MG. Seit dem Niedergang der Textil- und Bekleidungsindustrie nehmen auch dort Arbeitslosigkeit und Zuwanderung deutlich zu. Der infame Kleinbürger, der den Ort 1933 wieder von M. Gladbach abtrennen ließ, hat viel Negatives für die Bürger getan. Heute leidet Rheydt noch stärker als MG insgesamt unter dem Fehlen von Parteipolitikern mit Zukunftsorientierung.

Natürlich kann eine zielstrebige und effektiv arbeitende CDU- oder SPD – Regierung auch am Niederrhein Erfolgsorte aufbauen. Beispiele sind Orte mit starker wirtschaftlicher Diversifizierung:

- *Straelen* (Gründung der Erzeuger – Versteigerung 1914, heute UGA Niederrhein; Europäisches Übersetzer – Kollegium NRW in Straelen e.V.; Erster Preis im Landes- und Bundeswettbewerb „Bürger, es geht um Deine Gemeinde“, 1974; Erster Preis im Landeswettbewerb „Stadtgestalt und Denkmalschutz im Städtebau“, 1978; Mittelpunkt der Gartenkultur am Niederrhein),
- *Düsseldorf* (Agenturen / Werbung, Telekommunikation, Unternehmensberatung, zweimal pro Jahr eine der weltweit größten Modemessen, Shoppingmeile „Kö“, „monastere“ und andere ruhige Wohnquartiere, Initiative „Düsseldorf 2020“),
- *Willich*, wo fähige Verhandlungspartner Investoren in den Industriepark Münchheide ziehen (Zahl neuer Arbeitsplätze in zwei Jahrzehnten + 60%, Viersen + 18%),
- *Duisburg* als Logistikzentrum.

3. Bedingungen eines Aufbruchs

3.1 Niedergang einer Stadt in einem Industrieland

1. Der Industrialisierungsprozeß löst Phasen hohen wirtschaftlichen Wachstums aus und schafft Verteilungspotential. Er geht mit einer Konzentration von Vermögen und Einkommen einher, die durch Verteilungspolitiken kaum je beeinträchtigt wird.

Manchmal verebbt die industrielle Dynamik nach einiger Zeit. Gründe sind:

- die Spezialisierung auf arbeitsintensive Branchen bei anspruchsvollerer Spezialisierung im Umfeld,
- Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung,
- radikale Marktliberalisierung sowie Finanz- und Wirtschaftskrisen,
- politische Akteure mit Sonderinteressen, geringer Kompetenz und ohne Zukunftsprojekt.

Aus diesen Gründen gibt es auch in Industrieländern mit wettbewerbsstarker Wirtschaft strukturschwache Regionen und Kommunen, die den Anschluß an die wirtschaftliche und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung verlieren.

EU-, nationale Makro- und NRW – Politik sind für die kommunale Dynamik in MG, hier liegt der Unterschied zu Entwicklungsländern, überwiegend günstig. Dies gilt auch für die große Zahl von Bundes- und Landesinstitutionen (Wissenschaft, Technologie, Finanzierung, Exportförderung u.ä.), welche die Wettbewerbskraft der Unternehmen stützen.

Positiv wirkt sich auch das dichte Netz von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Genossenschaften aus. Hinzu kommen die im internationalen Vergleich hohen sozialpolitischen Leistungen (in Höhe von einem Drittel des BIP/ Bruttoinlandsproduktes).

2. Vergleiche in der Region MN zeigen, daß sich MG und Viersen im Niedergang befinden, jedoch z.B. nicht Neuss. In MG ist der wettbewerbsstarke Wirtschaftssektor zu klein geworden, um die gesamte Wirtschaft mit sich zu ziehen und kommunale Dynamik zu sichern. Dies gilt für seinen Beschäftigungs- und Steuerbeitrag sowie einen gestaltenden Einfluß auf die Kommune.

Der wettbewerbsstarke Industriesektor ist auch zu klein, um ein dynamisches Wachstum der produktiven Dienste (Forschung und Entwicklung, Finanzierung, Rechtsberatung, Softwarehäuser, Architektur- und Ingenieurbüros) auszulösen. Hinzu kommt die Nähe zu Düsseldorf, wo diese Dienste besonders stark sind.

Der Energiesektor wird in den kommenden Jahren weltweit große Dynamik gewinnen. Allerdings will diese durch den nationalen Rahmen und öffentliche Programme, wie sie einige Städte mit Erfolg durchführen, angestoßen werden.

Weltweit hat eine schwierige Umbruchphase eingesetzt: Die „neuen Technologien“ und die Globalisierung machen den Übergang von der Industrie- zur Wissens-, Informations- und Netzwerkgesellschaft erforderlich. Das wirtschaftliche Wachstum wird nach vielen Annahmen (Samuelson, Strauss-Kahn u.a.) in den nächsten Jahren relativ gering ausfallen, damit die Arbeitslosigkeit hoch bleiben.

In Deutschland wurden große Exportkapazitäten aufgebaut. Nun wird die Binnennachfrage wichtiger. Konsumpräferenzen und soziale Anforderungen verändern sich schnell.

2. Im Niedergang führt ein geringes Wachstum über Jahre zu wirtschaftlicher und sozialer Exklusion, Abnahme von Solidarität und Auseinanderbrechen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Eine Mindestversorgung ist sichergestellt; die Teilhabechancen des unteren Drittels nehmen jedoch ab.

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist im Grundgesetz verankert, auch durch die Soziale Marktwirtschaft proklamiert; de facto jedoch erodiert sie besonders in einigen Regionen und Kommunen. Dort leidet ein wachsender Teil der Bevölkerung unter Arbeitslosigkeit, Niedrig- und Niedrigstlöhnen, Unterbeschäftigung sowie geringem Vermögen und Einkommen. Wegen der konjunkturellen Erholung sank 2006 die Zahl der Armen; seit 2008 steigt sie erneut an.

In MG sind Charakteristika einer gespaltenen und fragmentierten Gesellschaft erkennbar:

Die Schichten mit hohem Einkommen und Vermögen dominieren den Wettbewerbssektor. Die Mittelschicht schrumpft. Zu ihr gehören auch diejenigen, die aus Politik und Verwaltung Nutzen ziehen.

Wie in vielen Entwicklungsländern wächst der Anteil der Marginalen, der ökonomisch nur teil- und zeitweise, kaum je oder niemals Verankerten. Die gesellschaftlichen Ungleichgewichte belasten Steuerzahler und soziale Sicherungssysteme.

In der Niedriglohnstadt MG fielen die Beitragsleistungen zu den Sozialversicherungen niedrig aus. Eher als etwa im Ruhrgebiet mit seinem höheren Lohnniveau gerieten daher die Bezieher der Niedriglöhne in MG an die Schwelle der Sozialhilfe.

Durch frühe Verrentung wird versucht, die Zahl der Langzeitarbeitslosen zu verringern.

Besonders stark betroffen ist eine wachsende Zahl von Kindern.²

Die Armutsrisiken werden auf die jüngsten Mitglieder der Gesellschaft verlagert. Ihnen fehlt es an Chancen zur Verwirklichung des eigenen Potentials. Schichtenspezifische Probleme sind z.B.: Karies, keine Mitgliedschaft in einem Sportverein, keine Familienferien, Schwierigkeiten bei der Mittelaufbringung für Lehrmaterial.

3. Exklusion, politische Abstinenz und dauerhafte Desintegration beschädigen die „demokratische Substanz“.³

Die Wahlbeteiligung ist entsprechend niedrig. (Europa-Wahl 2009: 35,6%, Kommunalwahl 45,5%, Bundestagswahl 64,0%); nicht selten wird der geringste Wert in NRW erreicht.

Der Zusammenhang zwischen Politikverdrossenheit und Armut ist ausgiebig untersucht. Nichtwähler finden sich vor allem in Regionen und Kommunen mit überdurchschnittlicher Armut. Dort erhoffen sich besonders die vielen Langzeitarbeitslosen keine Verbesserung ihrer sozialen Lage.

In MG können sich zukunftsstarke Akteure in Parteien und Wahlen wohl nur sukzessive oder nach krisenhaften Zuspitzungen auf der kommunalen Ebene durchsetzen. Offen ist, ob diese dann auf „neue Technologien“, innovationsgestützten Wettbewerb, zukunftssträchtige Branchen, zudem beschäftigungsintensive Wirtschaftsbereiche, die Überwindung von Arbeitslosigkeit, Armut und Bildungsnotstand setzen. Ob sie also günstige Bedingungen für einen Aufbruch schaffen.

Wie anderswo gilt: Nicht wohlmeinende Subventions- und Entwicklungsprogramme von außen ermöglichen einen Aufbruch, sondern nur die eigene Kraft – bei Anerkennung eines jeden Einzelnen als gleiches Mitglied und einem Anspruch aller auf Teilhabe, also bei Inklusion aller Bürger zumindest mit der Aussicht auf Gleichberechtigung.

3.2 Systemische Wettbewerbsfähigkeit

Um Niedergang und Aufbruch zu erklären, sind Theorien endogenen Wachstums, in ihrem Kern regionale Wachstumstheorien, geeignet.

Hierzu gehören systemtheoretische Erklärungsansätze und systembezogene Politikmuster, die vor allem auf Innovation, Wissen, Information und Netzwerke abstellen.

Die „systemische Wettbewerbsfähigkeit“⁴ (Schaubilder 7 und 8) versucht, die

Schaubild 7
Determinanten systemischer Wettbewerbsfähigkeit

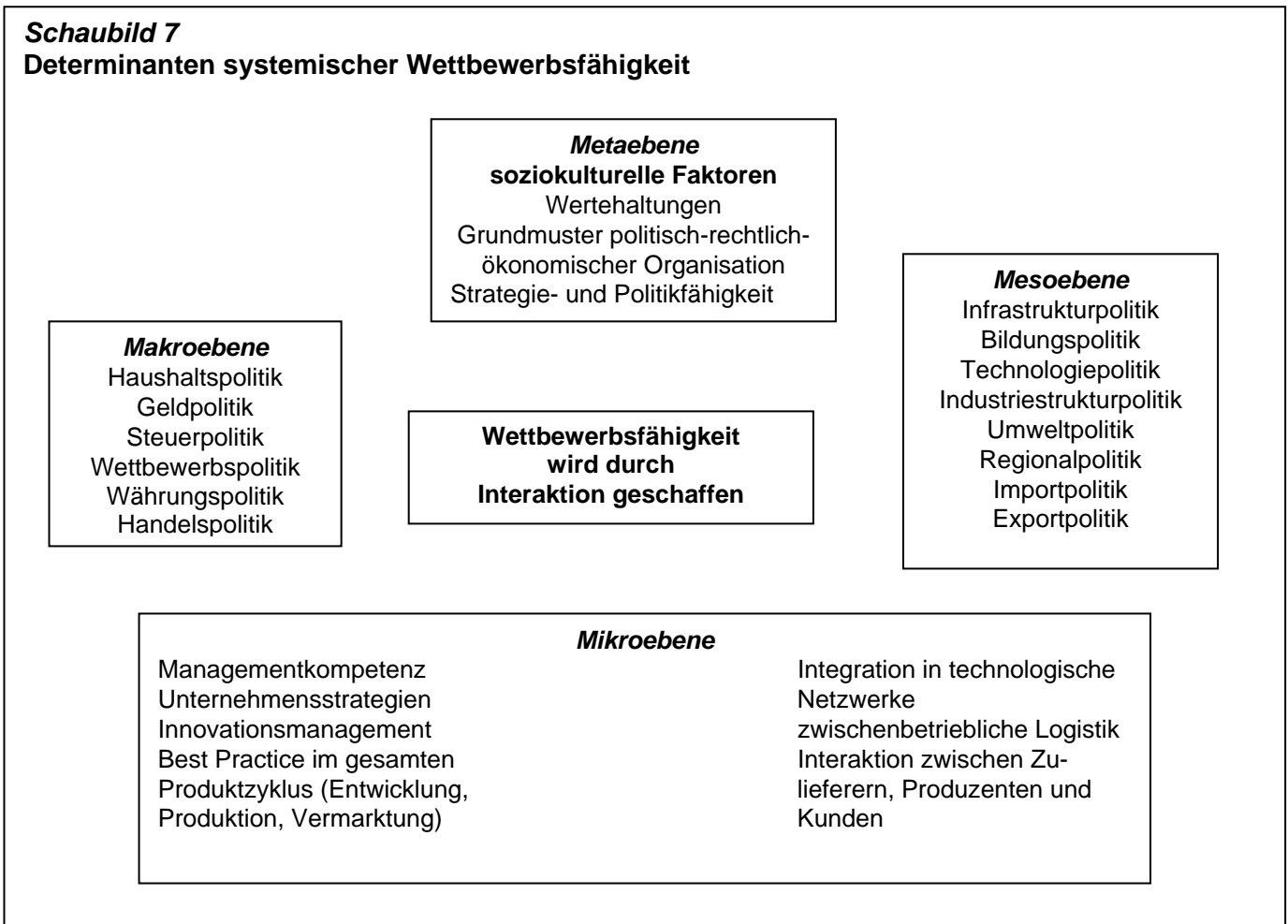
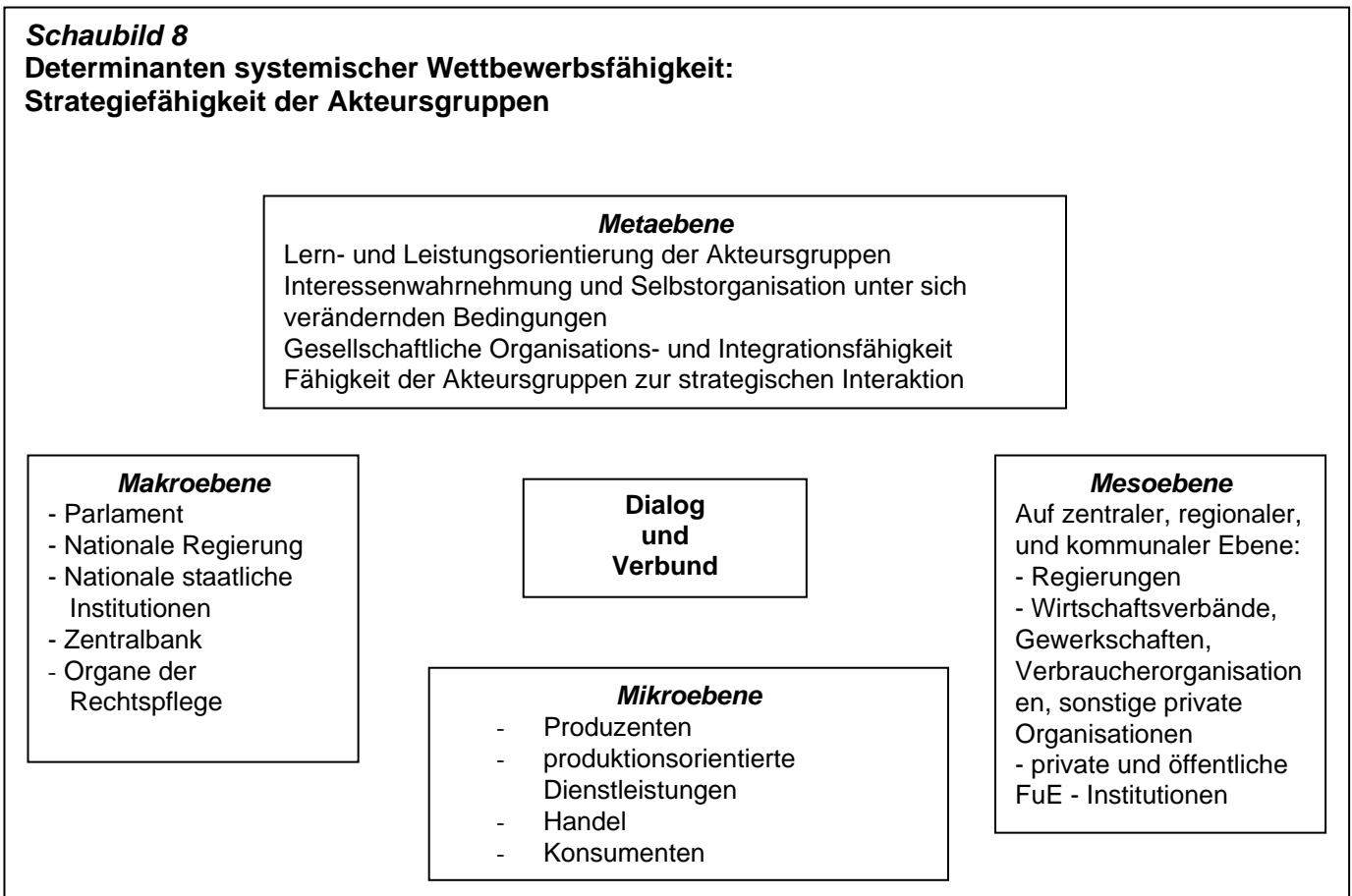


Schaubild 8
Determinanten systemischer Wettbewerbsfähigkeit:
Strategiefähigkeit der Akteursgruppen



komplexen Beziehungen zu erklären, die zwischen Ordnung, Institutionen, Politik und Mikroakteuren bestehen, soll die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und zugleich die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft verbessert werden.

1. Zur *Metaebene* zählen die kulturelle Identität, Ordnung, Recht, Lern- und Leistungsorientierung, Werte und Verhaltensweisen, etwa Verständigungsbereitschaft. Diese Charakteristika werden vor allem im Heranwachsen von Industriegesellschaften geprägt.

Sie ermöglichen den Übergang zu einer wettbewerbsorientierten sozialen und ökologischen Marktwirtschaft, Regionalisierung (EU) und Globalisierung. Dieser geht gegenwärtig einher mit gesellschaftlicher Fragmentierung und einer Tendenz zur Durchsetzung unterkomplexer Markt-Ideologien auf der *Makroebene*.

2. Auf der *Meta-, Makro- und Mesoebene* werden günstige Bedingungen für die *Mikroebene*, deren Akteure, vor allem die Unternehmen, die freilich in erster Linie auf sich selbst angewiesen sind, geschaffen.

Auf der *Mesoebene* gibt es politische Akteure mit spezifischen Sektorpolitiken, öffentliche und private unterstützende Institutionen, etwa der Forschung und Entwicklung, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen oder Bürgerinitiativen.

Es geht um die Ausgestaltung des institutionellen Umfeldes der Unternehmen und der Gesellschaft überhaupt (Tarifverträge, Mitbestimmung, Stärkung der Managementkompetenz, Erprobung neuer Steuerungsmuster oder von Innovationen, Prüfung und Kontrolle, interaktives Lernen in demokratischen, sozialen und ökologischen Institutionen). Hierher gehören auch kommunale Mesoorganisationen und – institutionen, die auf Lernen, Sozialisation, Kooperation und Solidarität gerichtet sind.

3. Niedergang und Aufbruch werden in starkem Maße auf der *Metaebene*, durch

Steuerungswillen und – kompetenz der politischen Akteure, bestimmt. Wird nur der wettbewerbsfähige Wirtschaftssektor bedient, bleiben also große Segmente der Wirtschaft und große Teile der Gesellschaft ausgeklammert, sind – wie in nicht wenigen Ländern – Steckenbleiben oder gar Niedergang unausweichlich.

Eigenständige Suchprozesse werden möglich, wenn Akteure eines neuen Typs einer Kommune eine Richtung hin zu Innovation, Wachstum, Verteilung und Mobilisierung geben und außerdem eine breite politische Basierung, dichte Meso- und Mikronetzwerke, eine aktive Weltmarktverflechtung, vor allem zugunsten des technisch-organisatorischen Lernprozesses, und zudem Politiken, die Selbstwertgefühl, Selbstvertrauen, Selbstachtung und Anerkennung fördern, gegeben sind.

Drei Anmerkungen:

1) Bewertungen nach dem BIP mit seinem fragwürdigen Aufaddieren geben erste Einschätzungen, verschleiern jedoch den Beitrag der Akteure, über das Zusammenspiel von *Meta-, Makro-, Meso* und *Mikroebene* immer neue Synergieeffekte auszulösen. Es geht vor allem darum, die Wettbewerbskraft der Unternehmen in zukunftsstarken Branchen zu stärken.

Wie die Industrialisierung verlangt der Übergang zur Nutzung „neuer Technologien“ und zur Globalisierung Anstöße des Staates zur Schwerpunktbildung, vor allem zur Konzentration auf Cluster – und einen langen Atem.

2) Die Soziale Marktwirtschaft steht nicht vor der Alternative „einseitiges Marktvertrauen, weiterer Sozialabbau, mehr Armut“ oder „höhere Staatsquote“ (höhere Neuverschuldung, mehr Steuereinnahmen, Lohnzuwachs)⁵.

Nehmen Politik und Gesellschaft ein „unteres Drittel“ dauerhaft in Kauf, wirkt sich dies ungünstig auf die Binnennachfrage, die

Verpflichtung auf das Gemeinwohl, die „Basis jeder Freiheit“ (Thomas Paine), das Vertrauen in die gemeinsame Ordnung und die individuelle Handlungsfähigkeit aus.

Damit steigen die Aufwendungen für Umverteilung, ohne Intelligenz und Arbeitskraft eines Drittels der Bevölkerung zu nutzen. „Versorgung“ allein beseitigt nicht die Ursachen von Unterbeschäftigung und Armut.

3) Häufig, jedoch unfair ist es, die Krisenursachen, die in starkem Maße politisch bedingt sind, auf die Betroffenen zu schieben: A. Diesterweg hielt 1829 den „Niederrheiner für faul und träge“; er besitze einen „auffälligen Mangel an Aufgeregtheit des Geistes.“⁶ Dies erinnert an Urteile von Kolonialherren über ihre Unterworfenen.

Ex – Bundeskanzler G. Schroeder verwies angesichts eines Konjunkturerinbruchs auf die „Faulheit der Arbeitslosen in Deutschland.“

Hinweise der Bundeskanzlerin A. Merkel, für die Finanz- und Wirtschaftskrise sei „Gier“ (Papst Benedikt XVI.: „menschliche Habgier“ [sic]) verantwortlich, sind nicht völlig falsch, entschuldigen jedoch nicht Regierungsversagen, etwa auch bei der Krisenbewältigung. In ähnlicher Manier wird von „einer schwierigen Sozialstruktur“⁷ in MG gesprochen.

3.3 „Projekt MG“: kommunale systemische Wettbewerbsfähigkeit

Der Aufbruch ist nicht einfach: MG muß sich neu erfinden. Entscheidend ist die Qualität kommunalen Handelns. Wichtig ist ein Konsens über die Grenzen von Parteien und Verbänden hinweg: für die kommunale Mobilisierung und Zusammenfassung von Kräften, vor allem für einen Projektkonsens, gegen kleinlichen Hader, kommunalen Autonomieverlust und die Verrottung moralischer Maßstäbe.

1. Vordringlich ist eine personelle Erneuerung in Politik und Verwaltung; sie

wird nicht leicht sein. Auch unbequemen Reformern, etwa Fachleuten von außen, ist ausreichend Spielraum zuzugestehen. Leitungspositionen sind ohne den üblichen Proporz zu besetzen.

2. Am Anfang steht ein Suchprozeß, der auf ein spezifisches kommunales Profil gerichtet ist. Erste Projekte machen die Stadt „sichtbar“, schaffen Motivation und Aufmerksamkeit sowie Unterscheidungsmerkmale zu anderen Städten.

Die einzelnen Schritte des Suchprozesses, auch seine Rückschläge, werden im Internet, in dem MG auf diese Weise präsenter wird, und in Medien, vor allem Tageszeitungen, aufgezeigt. Sie werden in Diskussionsrunden von Fachkräften und interessierten Einwohnern, zudem in Studien, etwa zu Projektergebnissen, vertieft und bekannt gemacht.

Transparenz, vor allem politische und finanzielle, vermeidet Klüngel. Sie ist ein zentrales Mittel politischer Bewußtseinsbildung. Mobilisierung, gemeinsames kommunales Handeln und Transparenz stärken die zwischenmenschlichen Beziehungen und die Bindung an die Kommune. So entsteht ein wichtiger lokaler Standortvorteil. Dieser wird durch Überzeugung – zu Zielen und Organisationen – vergrößert.

Wichtig ist die Mobilisierung der lokalen Intelligenz zugunsten der neuen Dynamik:

- durch wissenschaftliche Arbeiten und Lehrveranstaltungen zu Branchenproblemen und deren Lösungsmöglichkeiten, etwa an der Hochschule,

- durch konstruktive Beiträge lokaler und auswärtiger Wissenschaftler zu kommunalen Problemen sowie

- durch Arbeitsgruppen, die Konzepte und Erfahrungen sowie neue kommunale Ansätze in Deutschland im Hinblick auf die eigenen Fragen auswerten.

3. Schrittweise wächst eine kommunale Gemeinschaft – mit einer „Wir –

Intentionalität zu gemeinsamem Handeln“⁸ – heran. Vertrauen, Zustimmung und kommunales Identitätsbewußtsein entstehen am ehesten aus Mitarbeit, vor allem an ersten erfolgreichen Projekten. Interaktion, Dialog und Verbund bereiten Netzwerke vor. Diese bündeln die kommunalen Ressourcen.

Zukunftsprojekte gehen aus Kompromissen von Parteien, Verbänden, Jugendorganisationen oder Bürgerinitiativen hervor. In einer kooperierenden kommunalen Gemeinschaft lernen die Parteien, interessante Positionen und konkrete Chancen für Kommunalwahlen zu schaffen.

4. MG sucht ein Image: Gern heißt es: „soziale Stadt“ (unsere „Tradition des sozialen Füreinanders“, unsere „traditionelle sozial- und familienfreundliche Verantwortung“⁹) – angesichts der vorliegenden sozialen Indikatoren recht befremdlich. Oder auch „Textilstadt“ – immerhin gibt es wettbewerbsstarke Textilunternehmen. Zudem kann – wie im Ruhrgebiet – leeren Arbeitsstätten ein neues Gesicht gegeben werden. Bei Verfolgung der Vorschläge zu einer „MG – Strategie“ könnte auch von der „Stadtgemeinschaft MG“ gesprochen werden.

5. Nur mit den bisherigen Politiken, Mitteln und Methoden ist ein weiterer Niedergang wahrscheinlich. Werden Wachstums-, Sozial- und Umweltpolitik miteinander verknüpft, zudem neben den Anstößen von oben solche „von unten her“ ausgelöst, wird kommunaler Fortschrittsoptimismus möglich. Eigenverantwortung, Freiwilligkeit und Mitarbeit erlauben die Nutzung brachliegenden Gemeinschaftspotentials. Der Umverteilung sollten, soweit möglich, Gegenleistungen gegenüberstehen. Dies ist angesichts der knappen Mittel ein Gebot nachhaltigen Handelns in einer neuen Stadtkultur.

6. Anfangs gäbe die Kommunalregierung Anstöße für Zukunftsprojekte und die Mobilisierung. Die Maßnahmen würden von einem etwa fünfköpfigen Team ausge-

wiesener Fachleute, davon einige aus dynamischen Städten, vorbereitet. Medien, Plakat- und Kreativwettbewerbe sowie Ausstellungen zu den Projekten würden erwachsene und jugendliche Mitbürger zu Mitarbeit anspornen.

4. Kommunale Wirtschaftspolitik

4.1 Suche nach einem Wachstumsprofil

Beispiele für eine erfolgreiche kommunale Wirtschaftspolitik, die den Übergang zur Informationsökonomie und neue globale Anforderungen bewältigt, sind:

- Münchens Politik zur Verstärkung der Forschungs-, Einwerbungs- und Wettbewerbskraft zwecks Ausbau des weltweit ausstrahlenden High – Tech – Agglomerationskerns.
- die Akkumulation von unternehmensorientiertem Systemwissen im „Hamburg – Modell“ oder
- die vielen Ansätze zur Clusterbildung weltweit.

Kann MG einen ähnlichen Weg einschlagen? Die kommunale Wirtschaftspolitik kann einen Aufbruch in wenigen Schwerpunkten auslösen.

Für MG zeigen Wissenschaftler fünf „Leitbranchen“ auf: drei überregionale „Cluster“ (Maschinenbau / Elektrotechnik, Textil und Mode, Logistik) und zwei regionale „Cluster“ (Medien und IT, Gesundheitswirtschaft)¹.

1. Die Wirtschaftsregion MG zählt zu den Kompetenzzentren des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus. Schwerpunkte mit internationalen Marktführern sind der Werkzeug- und Textilmaschinenbau, die Metallverarbeitung, die Elektrotechnik und die Elektronik. Vor der Krise wies der Wirtschaftszweig einen hohen Exportanteil auf.

Ab 2009 wurden die Investitions- und Beschäftigungspläne, da die ausländische Nachfrage abfiel, zurückgefahren. Besonders der Textilmaschinenbau ist betroffen. Seit 2002 betreiben 150 Maschinenbauer von inner- und außerhalb der Region eine Maschinenkapazitätenbörse „maex-online“²,

also ein Kompetenz- und Kooperationsnetzwerk.

2. Das Textil- und Modegewerbe verfügt heute über stark ausgeprägte spezifische Branchenkompetenzen. Die Unternehmen scheinen, zumal wenn sie im Ausland produzieren, kaum auf ein Textilcluster angewiesen zu sein. Aber können Tradition und Kompetenz vor Ort nicht zu einem strategischen Erfolgsfaktor ausgebaut werden? Immerhin steht ein Textilnachwuchs von 1.800 bis 2.000 Studenten in MG zur Verfügung. Die Fragen nach einem Ausbau der Forschung und Entwicklung, Hochschulpartnerschaft, Zulieferung und Förderung können hier nicht beantwortet werden.

3. Etwa 200 Unternehmen sind Logistikdienstleister. Wichtige Unternehmen sind Nippon Express, MSG, P&M, Birkart Systemverkehre, DefEx, Nellen & Quack und Textillogistik. Die branchenspezifischen Standortvorteile (engmaschiges Autobahnnetz, große Zahl potentieller Kunden) werden bisher – im Vergleich zu Venlo, Maastricht oder Duisburg – wenig genutzt; eine Drehscheibenfunktion zwischen Rhein – Ruhr und Benelux ist jedoch aufbaubar.

Um den Standort stärker zu nutzen, haben fünf ortsansässige Partner, darunter die WFMG, die LOG4MG / Logistik Initiative MG gegründet. Es geht um die Bündelung von Standortvorteilen für MG als Zentrum für Logistik und Großhandel.

Der Güterverkehr in Deutschland soll sich bis 2025 um 71% erhöhen. Seit Spätsommer 2008 hat sich die Lage der Branche allerdings erheblich verschlechtert.

4. In den TIMES – Branchen (Telekommunikation, Informationstechnologie, Multimedia, Entertainment, elektronische Sicherheit) wächst insbesondere die Zahl der Medien- und IT – Unternehmen. Nach unterschiedlichen Abgrenzungen gibt es 200 bis 400 überwiegend kleine Unternehmen mit zusammen 6.500 Beschäftigten.

Eine Schwerpunktbildung und Vernetzung ist insbesondere im Nordpark möglich.

Mit Unterstützung der WFMG wurde 2005 die „mit MG e.V. / Medien und IT-Netzwerk MG“ gegründet.

Die Wachstumsbedingungen in diesen Branchen können verbessert werden: etwa durch Schwerpunkte in der Hochschule, ein Technologiezentrum und die Wirtschaftsförderung. Im Rheinland zählt die IT-Branche zu den Wachstumsbranchen. Zur Zeit sind die Wachstumserwartungen allerdings reduziert.

5. Die Leitbranche „Gesundheitswirtschaft“ steht ganz am Anfang. Die wenigen Unternehmen der Medizintechnik konzentrieren sich auf Nischen. MG besitzt keine Medizinische Fakultät, damit ein beschränktes Wissenspotential in diesem Feld, auch keinen Technologiepark, in dem Wissenstransfer, Forschung, Arznei- und Medizintechnik konzentriert wären. Um so wichtiger ist eine enge Vernetzung der Potentiale (Kongresse, Veranstaltungen mit öffentlichem Charakter, Veröffentlichungen, Ausgründungszentren).

Die Nachfrage nach Bio- und Medizintechnik sowie Gesundheitsdienstleistungen wird in Deutschland stark wachsen. Es gilt, die Standortvorteile (Krankenhäuser, Sportmedizinstätte im Nordpark [geplant], Fachbereiche Gesundheitswesen, Sozialwesen und Öcotrophologie) der Hochschule zu nutzen, um die lokale Vorteilsbasis auszubauen. Dennoch ist es unwahrscheinlich, daß eine bedeutende Wachstumsbranche entstehen wird.

Deutlich wird, daß es erst Anzeichen für ein neues Wachstumsmuster gibt. Die übrigen Unternehmen sind meist klein bis mittelgroß (Präzisionstechnik, Mess-, Steuer- und Regeltechnik, Chemie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie).

Nicht wenige verlassen den Standort bald wieder. In der Krise ist die strukturschwache Kommune besonders stark betroffen.

Vier Überlegungen sind bei der Suche nach einem tragfähigen Wachstumsmuster zu berücksichtigen:

- die Verbesserung der Standortqualität sowie der Innovationsfähigkeit und Produktivität insbesondere der Anschlußgruppe an die wettbewerbsstarken Unternehmen,
- die Schwerpunktbildung bei einer „neuen Technologie“ (IT),
- die Schwerpunktbildung bei einer Umwelttechnik (Gebäudetechnik),
- die Steigerung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit sowie die Förderung von Gründern und jungen Unternehmen.

4.2 Verbesserung der Standortqualität und ein Technologieschwerpunkt

„Der Standort Mönchengladbach liegt seit langem wirtschaftsstrukturell deutlich unter dem Landesdurchschnitt und weist seitdem zugleich nahezu unverändert schwache Rahmenbedingungen auf, die dazu beitragen, daß die Beschäftigungsentwicklung noch schlechter ausfiel, als dies bereits aufgrund der strukturell schwachen Ausgangslage zu erwarten gewesen wäre. An ihrer Verbesserung ist daher dringendst zu arbeiten, will man wieder Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung im Land oder auch im IHK – Bezirk finden“. ³

Die Standortqualität ist unterdurchschnittlich, die Wirtschaftsstruktur wachstumsschwach. Es gibt mehr wachstumsschwächere Wirtschaftszweige als im NRW – Durchschnitt, nur unterproportional stärkere Branchen. Insgesamt weist der Standort ein unterdurchschnittliches Wachstumspotential auf. ⁴ Wegen der ungünstigen Standortbedingungen hat sich die tatsächliche Beschäftigung, vor allem in den 90er Jahren, noch schlechter als die erwartete entwickelt.

Insgesamt hat sich die Wirtschaftsstruktur in den 90er im Vergleich zu den 80er Jahren weiter verschlechtert, die Standortqualität nur marginal verbessert. Der Bedarf an Verflechtung vor Ort wurde kaum beachtet: der Unternehmen untereinander, mit und in ihrem institutionellen Umfeld, mit ihrem Standort überhaupt.

1. Geographische Lage und Verkehr

Lange Zeit war die geographische Lage der Stadt eher ungünstig für die Wirtschaftsdynamik:

- Im Westen, hinter dem waldreichen Grenzland, liegen die Nachbarstädte Roermond und Venlo. Sie sind im Vergleich der Niederlande weder reich noch besonders dynamisch. Der Staat ermöglicht dort jedoch den Aufbau einer modernen Infrastruktur. Hinzu kommen im Trend liegende Einkaufszentren.

- Im Osten, kaum 30 km entfernt, verläuft die reiche Rheinschiene. Düsseldorf und Neuss weisen seit langem starke Attraktionseffekte auf.

- Nach Süden hin verschlingt der Braunkohletagebau Ackerland, Wälder und Dörfer. Eine weitere Grundwasserabsenkung ist wahrscheinlich.

Heute liegt MG im Zentrum wichtiger Verkehrsachsen (sieben Autobahnen). Vorteile ergeben sich aus der Lage im EU – Raum, besonders der Grenznahe zu den Niederlanden. Diese stellen – wie auch die Türkei und China – einen der Zielmärkte dar.

2. Kommunale Kosten und Leistungen

Die Standortnachteile sind hauptsächlich hausgemacht (*Schaubild 9*).⁴

Trotz einiger Verbesserungen in den letzten Jahren sind die kommunalen Kosten und Leistungen weiterhin unzureichend. Die Unternehmer betonen, es sei erforderlich, den „gesellschaftlichen Standortvorteil“ zu stärken.

Am kritischsten beurteilen sie die Handlungsfähigkeit von Politik und Verwaltung: Wesentlich seien Haushaltskonsolidierung, Schuldenabbau und eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung. Letztere sei unzureichend gegeben. Größtes Hemmnis seien die Grund- und Gewerbesteuerhebesätze, die z.B. in Düsseldorf gesenkt worden seien, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu erhöhen.

Der kleine Flughafen Düsseldorf-MG („Flughafen der kurzen Wege“, „Tor zu Europa“) sollte für den Geschäftsverkehr ausgebaut, die Start- und Landebahn auf ca. 1.850 Meter verlängert werden⁵. Auch Flugdienstleister am Ort verlangten den Ausbau. Im Dezember 2009 stoppte die Düsseldorfer Flughafengesellschaft, der 70% des Flughafens gehören, die Ausbaupläne.

Die Deutsche Bahn AG nimmt nach Jahren MG wieder in ihr Fernverkehrsnetz auf (Berlin – MG). Es ist erstaunlich, daß MG kaum an das internationale ICE- und IC – Netz angeschlossen ist.

3. Räumliche Entwicklung

Gewerbeparks besitzen für die Ansiedlung von Unternehmen große Bedeutung. In und um MG gibt es seit einigen Jahren eine Reihe von Projekten räumlicher Entwicklung:

- Wichtige Anstöße gibt der früher vom britischen Militär genutzte Nordpark (Borussia-Stadion, Warsteiner Hockeyarena, das neue Finanzamt, auch für Rheydt, Modeunternehmen van Laack, denkmalgeschützte Immobilien für die Leitbranche Medien und IT, Businesspark mit Büroarbeitsplätzen, etwa für die Kreativwirtschaft und Gastronomie). Es handelt sich um das größte Stadtentwicklungsprojekt der jüngeren Geschichte von MG.

- Der Regiopark und das angrenzende Gewerbegebiet Güdderath bilden das größte zusammenhängende Gewerbegebiet

Schaubild 9

MG – die zehn größten Standortstärken und –schwächen

1. Straßen-, Autobahnnetz	+++	1. öffentliche Gebühren	---
2. Hochschule Niederrhein als Ausbildungsstätte	+++	2. Gewerbesteuerhebesatz	---
3. Luftverkehr	++	3. Grundsteuerhebesatz	---
4. Informations – u. Kommunikationsinfrastruktur	++	4. Kosten der Abfallbeseitigung	---
5. Nähe zu wichtigen Kunden	+	5. Dauer von Plan – und Genehmigungsverfahren	--
6. Angebot an allgemeinbildenden Schulen	+	6. behördliche Reaktionszeiten	--
7. ÖPNV	+	7. Bestandspflege ortsansässiger Betriebe	--
8. Wohnungsangebot	o+	8. Stadtbild (Architektur)	--
9. Nähe zu wichtigen Zulieferern	o+	9. Stadtbild (Sauberkeit)	--
10. Hochschule Niederrhein als Partner für F&E	o+	10. Wasser- und Abwassergebühren	-

der Stadt. Er ist ein interkommunales Projekt zusammen mit der Nachbargemeinde Jüchen. Dieser Logistik-Gewerbepark gilt als eine der Top-Logistikflächen in NRW.

- Das Gewerbe- und Mischgebiet Hardt soll vor allem emissionsarmen Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen dienen.

- Im Gewerbe- und Industriegebiet Rheindahlen haben sich Unternehmen wie Deutsche BP, Rhenus Lub GmbH & Co. KG und Mehler Technologies angesiedelt. Das ehemalige Schlafhorst – Außenwerk dort wird zu einem Logistikpark ausgebaut.

- Im Schlafhorst Businesspark MG gibt es bereits 20 Mieter mit 1.500 Beschäftigten. Gesucht werden branchenverwandte und -komplementäre Unternehmen. Viele Hallen stehen seit Jahren leer. Im ehemaligen Bürogebäude ist die Benedikt – Sprachschule tätig. Das Arbeitsamt finanziert dort Kurse für Alphabetisierung und Erlernen der Grundrechenarten, um die Integration zu erleichtern.

- Das 420 Hektar große JHQ / Joined Headquarter (ab 2014 1.400 leerstehende Häuser und Wohnungen, in MG selbst

weitere 1.100 Wohneinheiten) kann wohl nur mit Hilfe von Bund und Land in die Stadt integriert und einer neuen Nutzung zugeführt werden. Vielleicht ist es möglich, einen Teil der Fläche an gewerbliche Großinvestoren zu verkaufen, vielleicht einschließlich von leerstehenden Häusern und Wohnungen, einen weiteren Teil in ein Gewerbegebiet umzuwandeln.

Es ist schwierig, Chancen, Risiken und Kosten der Nutzung dieser großen Fläche zu erfassen. Vielleicht können längerfristig viele Arbeitsplätze geschaffen werden. Eventuell kann auch eine deutliche Schuldenreduzierung für MG möglich werden.

4. Mesoinstitutionen

Die Dichte der Textilinstitutionen ist hervorzuheben (*Schaubild 10*).

Der Lernprozeß mancher Mesoinstitutionen muß angesichts der neuen Anforderungen noch beschleunigt werden. Branchenforen und Netzwerkbildung können ausgebaut werden.

5. Technologische Leistungsfähigkeit

Hier liegt MG in Deutschland und auch in der Region MN weit hinten (Rang 121; Viersen 94; Krefeld 63; Neuss 60). Dies gilt wegen institutioneller Schwächen, einer

Schaubild 10

Mesoinstitutionen des Textilkomplexes (Beispiele)

Fachbereich Textil- und Bekleidungstechnik der Hochschule Niederrhein⁶

Modeschule MG (Maria-Lenssen Berufskolleg), mit Fachschulbildungsgängen

Netzwerk „teXellence“ - das Kompetenznetzwerk Textiler Niederrhein unter dem Dach der „Zukunftsinitiative Textil NRW“ (ZiTex), die den Aufbau eines textilen Thinktank anstrebt.

„MG zieht an“ – eine Rekrutierungs- und Innovationsmesse der Textilwirtschaft NRWs an der Hochschule (alle zwei Jahre)

Verband der Rheinischen Textilindustrie e.V., der rund 120 Unternehmen vertritt

ÖP – öffentliche Prüfstelle für das Textilwesen, die zur imat – uve group GmbH (Testleistungen aus einer Hand) gehört.

insgesamt geringen Patentintensivität, dem starken Beschäftigungsabbau und einem schwachen Wachstum in technologieintensiven Branchen.⁷

Unter den zehn technologisch leistungsfähigsten Regionen Deutschlands liegen die Raumordnungsregion Düsseldorf, zu der der mittlere Niederrhein zählt, an 9. Stelle (2002, Rangveränderung 2000 – 2002: -1) und Köln an 7. Stelle (auch – 1).⁸

Größere Eigenanstrengungen zur Verbesserung der technologischen Leistungsfähigkeit sind auf kommunaler Ebene nicht erkennbar. Vor allem Wissenstransfer könnte dazu beitragen, die lokale Wissensakkumulation von Unternehmen und Institutionen zu verbessern, also „Stärken zu schaffen und diese zu stärken“. Angesichts knapper finanzieller Mittel ist eine Schwerpunktbildung hierbei entscheidend.

Eben dies gilt auch für den Ausbau der wissenschaftlich – technologischen Leistungsfähigkeit am Ort.

Die Schwerpunktbildung kann sich nur auf eine „neue Technologie“ (Optik, Fotovoltaik, Informations- und Kommunikationswissenschaften, innovative Werkstoffe) richten.

Vielleicht kommt angesichts des schnellen Wachstums der Zahl der Unternehmen IT infrage.

Die kommunale Technologiepolitik sollte, etwa an der Hochschule, eine Forschergruppe anregen und unterstützen, die unternehmensnah ausgerichtet ist und sich von Anfang an in weltweite wissenschaftlich – technologische Netzwerke einklinkt. Die Politik sollte entwicklungsfähige Grundstücke zur Verfügung stellen und High – Tech – Firmen anziehen. Stipendien an Gymnasiasten und Studenten können die Abwanderung verringern.

Freilich wird die Herausbildung eines starken IT – Kerns, vielleicht sogar eines Clusters, nur langfristig möglich sein. Verlangt sind innovationsgestützte, wissens- und know-how – intensive, kreative Unternehmen, die an der Vernetzung von Wirtschaft, Bildung und Forschung mitarbeiten. Erst sie würden auch andere Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung nach sich ziehen. Um die unternehmerischen Triebkräfte zu stärken, ist ein enges Zusammenspiel von Kommune, Land und Bund erforderlich.

6. Mobilisierung des regionalen Potentials

Trotz einiger Fortschritte in den letzten Jahren steht eine Politik, die das regionale Zusammenwachsen und die Vertiefung der Beziehungen zu den naheliegenden niederländischen Städten (über die Städtepartnerschaft mit Roermond hinaus) stärkt, erst am Anfang.

Es geht außerdem um:

- gemeinsame regionale Projekte mit Orten in der Nähe (Viersen, Straelen, Kempen, u.a.),
- die Zusammenarbeit in der Region MN (mit Krefeld und Neuss), insbesondere die in der „Wirtschaftsregion Neuss-MG“,
- die Entwicklung des „Standortes Niederrhein“ (bei Einbeziehung der Kreise Wesel und Kleve) sowie
- die bessere Positionierung des Rheinlandes im Wettbewerb der Standorte (gemeinsames Standortmarketing, Rekrutierung von Fachkräften).

In der Region MN sollte das institutionelle Umfeld der Unternehmen möglichst gemeinsam gestaltet werden (Ausbau der Infrastruktur, Anregung des kulturellen Klimas, gemeinsame Projekte, Präsenz auf Ausstellungen und Märkten).

Zur Verbesserung des regionalen Image kann auch die Rolle als „Kulturregion“ oder - wie im Falle der Region „Ruhrgebiet 2009“- die Vorstellung als Partnerregion auf der ITB dienen. Der Ausstellungszug „Expedition Zukunft“ hielt 2009 in 60 deutschen Städten, nicht in MG.

4.3 Förderung des Umwelthandwerks – Aufbau eines Energieclusters

1. Viele Investitionen in Energieeffizienz rechnen sich durch Energieeinsparungen. Sie tragen zu Wachstum und Beschäftigung bei. Jede deutsche Großstadt sollte

zumindest einen Technologie- und einen Umweltschwerpunkt besitzen. Zu deren Aufbau sind öffentliche Anstöße unverzichtbar.

In MG wird das Umwelthandwerk bisher nicht als „Leitbranche“ angesehen. Ein kommunaler Umweltkompromiß könnte sich auf die Gebäudetechnik richten, die das größte Sparpotential (ca. 40% bis 2030) aufweist. Sie schafft günstige Bedingungen für Handwerk, Industrie und Beschäftigung. Diese Spezialisierung kann mittelfristig auch größere Unternehmen anziehen, zudem zu einem Hochschulschwerpunkt und zu neuen Umweltinstitutionen beitragen.

2. Als Umweltziel könnte festgelegt werden, daß bis 2050 alle Wohngebäude – mit Hochleistungs-Dämmstoffen – den Null-Heizkosten-Standard erfüllen. Verbleibender Wärmebedarf kann klimaneutral mit Holz- und Solarheizungen gedeckt werden. Ein kommunales Expertenteam sollte die Schwerpunktbildung anstoßen: Eigentümer und Mieter beraten; das Ziel bekannt machen; die Ergebnisse, ganz besonders die optimale Nutzung der Heizung, eines der Hauptprobleme, überprüfen und dokumentieren.

Öffentlich geförderte Umweltprojekte (z.B. Sanierung von 10 der 46 Grundschulen pro Jahr; Einsparung von 10% der Nutzenergie in öffentlichen Gebäuden pro Jahr) sind Vorbilder für eine starke Beschleunigung der Wärmedämmung und -rückgewinnung in Wohnräumen. Ein Wettbewerb „energetische Sanierung“ stimuliert die Minimierung des Verbrauchs von Heizenergie und den Einsatz erneuerbarer Energien zu Wärme- und Warmwassererzeugung. Es kommt darauf an, Gebäude als Gesamteinheit zu sanieren.

Ein Vorbild für die gemeinsame Gestaltung, einschließlich von Hochschulen, ist Venlo, die „grünste Stadt Europas“ (Mitgestaltung des Gewerbegebietes Trade Poort Noord mit seinen Grünzügen und Freiflächen durch die Grünen; Greenport: Infrastruktur und Ausbau von Unterglasflächen energie-

effizienter Gewächshäuser; Weltgartenbauausstellung „Floriade, 2012“).

Venlos Ziel ist eine neue Synthese zwischen Ökonomie und Ökologie, möglichst bei überparteilichem Zusammenwirken, um Gemeinsamkeiten zu stärken.⁹

3. Die Umweltwirtschaft wird 2030 etwa 16% zum Gesamtumsatz der deutschen Wirtschaft beitragen (2005: 4%). Sie wird mehr als eine Million Arbeitsplätze schaffen. Etwa 24 Millionen Wohnungen sind zu sanieren. In München wird bis 2050 das Ziel einer CO² - freien Stadt angestrebt.

In MG kann die skizzierte Schwerpunktbildung in wenigen Jahren etwa 1.500 Dauerarbeitsplätze und vielleicht 1.200 öffentlich geförderte Arbeitsplätze (vgl. 5.2) schaffen, schließlich sogar ein Energiecluster.

MG sollte im NRW – Programm von 2008, über eine Energie- und Klimaschutzstrategie den Energieverbrauch deutlich zu verringern, eine wichtige Rolle anstreben. Die Stadt sollte sich auch in die Energieforschung (z.B. RWTH zusammen mit E.On) einklinken und ein Stadtunternehmen („Energie, Wasser, Strom, Gas, Nahverkehr“) aufbauen.

Die Zeit der Privatisierung und von Zinswetten (Verluste bis Mitte 2009: 965.000 Euro) ist vorbei.

Vom Bund zu fordern sind günstigere Bedingungen, z.B. die Verschärfung der Wärmeschutzanforderungen, und wirksamere Investitionsanreize. Der Energiebedarf kann nicht auf Null gesenkt werden, wenn auf Dämmung verzichtet wird, sofern im Gegenzug beim Heizen erneuerbare Energien verwendet werden.

4.4 Förderung wirtschaftlicher Selbstständigkeit, von Gründern und jungen Unternehmen

1. Im OECD - Raum weist Deutschland nach Belgien die niedrigste Gründerquote auf. Nur etwa 1,4% der 18- bis 64-Jährigen

wagen 2009 den Sprung in die Selbstständigkeit (weitere 2,4% 2006 – 2008). Wegen der Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt wird neuerdings eine Gründerwelle erwartet. Zugleich wird gewarnt, nach dieser sei eine Pleitewelle wahrscheinlich. Außerdem sei ein künstlicher Gegensatz zwischen Großunternehmen sowie Mittel- und Kleinunternehmen, also deren Zulieferern, zu vermeiden.

Trotz der geringen Gründerzahl wird auch vor einer „Überbetonung ökonomischer Kompetenzen“ durch „neoliberale Reformen im konservativen Bildungsstaat“ gewarnt. „Selbstverantwortung“ werde in diesem zur „Wurzel des Wohlstandes“, „mehr unternehmerische Selbstständigkeit“ sei abzulehnen¹⁰. Deutlich wird die einseitige Verteilungsorientierung. Arbeit jedoch ist geeigneter als alle Alternativen, insbesondere „Versorgung“ und Untätigkeit, voranzukommen. Sie schafft zudem dem Sozialsystem eine Chance, in kritischen Phasen weiterzubestehen.

„Jugendliche Arbeitssuchende“ würden, so heißt es, nicht selten unter hohem Druck stehen, „jede Form von Erwerbstätigkeit anzunehmen.“¹¹ Wenn sie denn Arbeit suchen! Nicht wenige, bei denen Eltern-, Schul- und Berufsbildungsversagen auszumachen ist, vermögen sich immer wieder – sogar mit öffentlicher Unterstützung durch Aus- und Fortbildung – einem Suchprozeß nach Arbeit zu entziehen.

2. Wirtschaftliche Selbstständigkeit stellt *eine* Möglichkeit dar, zu neuen Unternehmen, mehr Beschäftigung, Entlastung der Sozialpolitik und gesellschaftlicher Integration beizutragen. Hierzu gilt es, die institutionellen Bedingungen für eine kommunale Förderung zu verbessern.

Seit einigen Jahren werden Gründer und junge Unternehmen stärker unterstützt (*Schaubild 11*). Die Instrumente der Wirtschaftsförderung und der Mesoinstitutionen sollten noch stärker

Schaubild 11

Förderung von Gründern und jungen Unternehmen

Mikrofinanz – und Garantiefonds des Bundes (2006 und 2008),
die NRW – Bank (Mikrokredite bis zu 25.000 Euro),

die KfW – Mittelstandsbank (Gründercoaching für arbeitslose Gründer und junge Unternehmer,
Mezzanine – Kapital),

Förderung von Existenzgründern durch die WFMG (Beratung, Kontaktstelle für öffentliche
Beratungszuschüsse u.ä.)

vier Startercenter im IHK – Bezirk MN (Überprüfung des vorgelegten Konzeptes, einheitliche
Qualitätsstandards bei Beratungen, Formularenservice seit 2008),

Gründertage, Telefonsprechtage zur sozialen Sicherung von Gründern, Franchise – Angebote,
Gründungsfinanzierung über und durch die IHK,

Youth Bank (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung).

auf Gründer und junge Unternehmen
ausgerichtet werden.

3. Die IHK bemüht sich um eine vertiefte
Berufsorientierung für Haupt- und
Realschüler, bietet Lehrkräften Schulungs-
angebote an und vermittelt Kontakte zu
Förderungsprogrammen von Arbeitsagen-
turen, Handwerkskammern und Sparkas-
sen. Auch Förderfibel gewinnen an
Bedeutung.

4. Entscheidend ist für viele innovative
Kleinst- und Kleinunternehmen ein
unkomplizierter Zugang zu Risikokapital. Ein
Mikro – Finanzfonds in MG oder gar eine
soziale und ökologische Finanzierungsbank
könnten eine ganze Reihe von Fördermitteln
zusammenfassen, zumal fast alle
Risikonehmer (97%) ihre Kredite
zurückzahlen. Neue Möglichkeiten bietet
das Internet.

Der Markt für Mikrofinanzierungen in
Deutschland wird auf rund sechs Milliarden
Euro geschätzt, verteilt auf 670.000
Unternehmen. 2007 haben etwa 200.000
Gründer einen Mikrokredit aufgenommen
(ohne „informellen Kapitalmarkt“).

5 Kommunale Gemeinschaftspolitik

5.1 Mobilisierung der gemeinschaftlichen Antriebskräfte

Im Niedergang zerbröseln die kommunalen Antriebskräfte, Akteursgruppen und Werte (Vertrauen, Fairness, Toleranz, Offenheit, Großzügigkeit). Bürger werden „Konsumenten“. Familien mit verfallendem Einkommen verlieren Bildungsinteressen. Sie legen wenig Wert auf Spracherwerb, Schulerfolg und berufliche Qualifizierung. Sie verlieren das Gefühl für Fleiß, Pünktlichkeit, Konzentration, Teamfähigkeit, Engagement und die Chancen am Arbeitsmarkt.

Marginalisierung und Exklusion führen zu Skepsis gegenüber der Umwelt, Isolierung, Krankheit, Sucht und Kriminalität, zu einem unerfüllten Leben und geringer Lebenserwartung. Die Einbrüche im Lern- und Arbeitsprozeß gehen einher mit Unzufriedenheit der „Versorgten“. Die reduzierte Teilhabe löst eine Ablehnung gemeinschaftlicher Verantwortung aus. Mit der individuellen Perspektive schwindet der kommunale Zusammenhalt.

Die Unternutzung des Gemeinschaftspotentials verursacht Bund, Land und Kommune hohe Kosten. Die aus den USA übernommene, angesichts der Krise modische Diskussion um „Wohlfahrtsgewöhnung“¹ stellt auf Mängel und Missbrauch von Sozialpolitik ab. Es gibt solche. Die Diskussion fragt jedoch nicht nach Ursachen und Lösungen für das Beschäftigungs- und Armutproblem.

Rigorese Konzepte und Methoden helfen wenig, wenn die Soziale Marktwirtschaft ausschließlich wirkt, der Arbeitsmarkt wenig anzubieten hat, die Solidarität der Mehrheit sich karitativ erschöpft und die Marginalisierten die Suche nach Teilhabechancen eingestellt haben. Damit schrumpft das zukunftsorientiert Gestaltbare.

Auswege bieten die Modifizierung der kommunalen Wirtschaftspolitik und deren Ergänzung durch die Nutzung bisher brachliegender endogener Gemeinschaftspotentiale durch:

- einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor,
- „Bildung und Ausbildung für alle“, insbesondere über Nachhilfe für arme Kinder und Jugendliche,
- die Schaffung einer „Kultur der Freiwilligkeit“ sowie
- die verbesserte Kontrolle, einschließlich einer Kontrolle der Kontrolleure, von Bildungs-, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen.

Werden die entsprechenden Potentiale nicht aufgeschlossen, besteht die aus vielen Entwicklungsländern bekannte Gefahr, daß der Ausbau der materiellen Infrastruktur, einschließlich kultureller Einrichtungen, bestenfalls einer „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ dient oder gar ins Leere läuft.

Um diese Potentiale zu nutzen, sind eine neue Zielorientierung und Kombination der Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik, von Wachstum, Arbeit und Versorgung, von Gemeinschaft und Demokratie auf kommunaler Ebene erforderlich. Ein verlässlicher Lebensunterhalt und die Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben sind auch wichtige Produktionsfaktoren.

5.2 Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor

1. Recht auf Arbeit

Auf das gesellschaftliche Ziel „Arbeit“ sollte grundsätzlich Anspruch bestehen. Eigene Arbeit erlaubt Selbstbestimmung. Aus ihr entspringt ein Verantwortungsgefühl für Gemeinschaft und Demokratie. Was aber, wenn die Wirtschaft zu klein ist, um

ausreichend Arbeitsmöglichkeiten zu bieten?

Wenn auch – wie in MG – wirtschaftliches Wachstum bestenfalls Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung ein wenig verringern würde?

Angesichts der „neuen Technologien“ und der Globalisierung müssen die wettbewerbsfähigen Unternehmen weiterhin durch den Ausbau der materiellen Infrastruktur, die Wirtschaftsförderung sowie Forschung und Entwicklung gestärkt werden. Wie aber kann zugleich durch eine gemeinsame Anstrengung von Kommune, Land und Bund der weiteren Entwertung von Arbeit, Bildung und Qualifikation beim unteren Drittel der Gesellschaft begegnet werden?

Ein „Recht auf Arbeit“ würde Werte und Verhaltensweisen der Betroffenen verändern. Hierzu trüge eine Kombination positiver und negativer Anreize bei: Arbeit, Anerkennung, Anregung und Motivation, eine Lockerung der Grenzen der Zumutbarkeit von Arbeit, notfalls auch Sanktionen, wie sie bereits bestehen. Fallen letztere zu stark aus, lösen sie – wie in den Niederlanden – neue Entzugsformen, etwa durch Krankschreibung, aus.

Es geht nicht um Arbeitspflicht. Vielmehr scheint es angesichts der zugespitzten Probleme richtig zu sein, über den bisherigen Niedriglohnsektor hinaus Einfach – Arbeitsplätze anzubieten, auf denen gesellschaftlich nützliche und anerkannte Arbeit geleistet wird. Zugleich wird einem Wachstum der Zahl von Mini- und Gelegenheitsjobbern und Dauerpraktikanten begegnet (*Schaubild 12*).

Die Kommune sollte versuchen, von Land, Bund und Gewerkschaften Zustimmung und Unterstützung für ein Pilotprojekt „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ / AsA zu erhalten. Mit letzteren sind Vereinbarungen über neue Niedriglohntarife, unterhalb der bisherigen, zu treffen. AsA würde die Schwarzarbeit verringern.

AsA – Arbeit ist zumutbar, weil 40% der Hartz-IV-Empfänger, fast 80% der Jugendlichen unter ihnen, keine abgeschlossene Berufsausbildung besitzen. Vermittlungsprobleme sind zu erwarten: Berufsentfremdung, geringe Eigenbemühungen, kein Führerschein, sprachliches Unvermögen, persönlicher Stabilisierungsbedarf ... Manchmal ist auch die Arbeitsvermittlung unzureichend.

2. 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze in drei Jahren

Ein klares, eindeutiges und überprüfbares Anreizsystem, Arbeit aufzunehmen, ist wichtig:

- Bei positiver Beurteilung in den ersten zwei Jahren verlängert sich die Befristung auf fünf, dann auf zehn Jahre.

- Bei Ablehnung oder Abbruch findet eine Kürzung der Sozialbezüge um 10% - 30% statt, nach drei Jahren um weitere 30%.

- Bei Qualifizierungsnachweisen wird das Bruttogehalt um 100 bis 200 Euro pro Monat erhöht.

- Einbezogen werden grundsätzlich alle, anders als in Berlin auch Jugendliche.

- Die Art der Beschäftigung sollte, anders als in Berlin, in möglichst allen Fällen zur Qualifikation beitragen.

Am Anfang stünde ein Pilotprojekt mit BA und NRW. Die Zahl der ALG-II-Bezieher könnte im Verlaufe einiger Jahre stark reduziert werden. Besteht Arbeitsbereitschaft nur bei zusätzlichen Schwarzgeldzahlungen, etwa in Gaststätten, oder gar nicht, wie erfahrungsgemäß bei 4% - 5%, würden nur 30% der Sozialbezüge eingeräumt.

Schaubild 12

Zum öffentlich geförderten Beschäftigungssektor Programme und Instrumente in Erprobung (Beispiele)

1. Der Kommunal – Kombi (2008, 100.000 Arbeitsplätze) wurde für Langzeitarbeitslose in strukturschwachen Regionen (anfangs 15%, heute 10% Arbeitslose; anfangs zwei, heute ein Jahr erfolgloser Arbeitssuche) geschaffen. Bisher entstanden etwa 10.000 Arbeitsplätze². NRW z.B. nutzt ein Kontingent von 10.000 Stellen nicht, weil es nicht kofinanziert.
2. Das Programm "Job – Perspektive" (2007, 100.000 Arbeitsplätze) schuf bisher etwa 31.000 Jobs. Eine längere Laufzeit scheint für deutliche Erfolge wesentlich zu sein.
3. Ein neues Hartz – Programm sieht ebenfalls öffentlich bezuschusste Beschäftigung vor.
4. Außerdem gibt es Reaktivierungsmaßnahmen für neue Arbeitslose, z.B. durch Training und Konzepte zur Subventionierung von gering entlohnten Beschäftigungsverhältnissen.
5. Die BA wirbt dafür, in Handwerksfirmen und sozialen Diensten Hartz – IV – Empfängern eine Chance zu geben. In beiden Branchen zusammen gibt es 280.000 Hartz – IV – Empfänger mit handwerklicher oder sozialpflegerischer Ausbildung, jedoch 260.000 offene Stellen.
6. Berlin und Brandenburg bauen einen Öffentlichen Beschäftigungssektor / ÖBS auf, u.z. als Türöffner für Langzeitarbeitslose auf dem Arbeitsmarkt (Berlin z.Z. 7353, 2010 9.100; Brandenburg bis 2014 8000). Die Arbeitsplätze sind sozialversicherungspflichtig (Berlin: Bruttogehalt etwa 1.300 Euro)

Der Landesanteil in dem Bund – Länder – Programm beträgt 59.4 Mio. Euro (2010 einschließlich Mitteln aus dem Konjunkturprogramm 74.7 Mio.).

In Berlin werden Arbeitslose mit mindestens zwei Vermittlungshemmnissen gefördert (Alter: 2/3 älter als 50 Jahre; Verschuldung, Suchtprobleme, Migrationshintergrund). Der Einsatz, zunächst für zwei Jahre, findet überwiegend im sozialen Bereich statt (Hilfe für Rentner beim Einkauf, Nachbarschaftshilfe, Begleitung von Rollstuhlfahrern).

Vorgeschlagen wird, in drei Jahren 10.000, in sechs Jahren 15.000 bis 20.000 Arbeitsplätze für Arbeitslose zu schaffen. Der Träger würde 30% bis 20% des Lohns von 1.300 Euro zahlen, die Stadt die Differenz zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit über Hartz-IV (bis zu 280 Euro), der Bund den Rest. Steuern und Sozialabgaben würden zurückfließen.

Die Kommune würde im Bereich materieller Ansprüche entlastet. Zugleich würde die heute außergewöhnliche Belastung der Gerichte verringert. Die Ausgaben für die Fortbildung oder Förderung des Trägers können, würde die - etwa in Berlin vorgesehene – Zwei-Jahres-Grenze für sol-

che Arbeit entfallen, deutlich reduziert werden (*Schaubild 13*).

Nach verschiedenen Schätzungen scheint es möglich (und erforderlich), in Deutschland etwa 400.000 Jobs im öffentlich geförderten Arbeitsmarkt zu schaffen. Arbeit wird so zu einem Recht und einem öffentlich alimentierten Gut. Es ist davon auszugehen, daß im nächsten Jahrzehnt demographische Faktoren das Problem verringern werden. Hinzu kommt vielleicht eine Phase eines etwas höheren wirtschaftlichen Wachstums.

Von den 1.800 Gründern werden, wie üblich, 600 dauerhaft Erfolg haben. Hinzu kämen deren Mitarbeiter.

Schaubild 13**Vorschlag zur Verteilung der AsA – Arbeitsplätze**

- Gesundheitswesen	3.500
- Pflege, Altenhilfe (einschließlich von etwa 200 Demenzassistenten, bisher 60)	3.500
- Elternbetreuung (Ansprechen von Eltern), Mitarbeit in Kitas	400
- Verteilung von Lebensmitteln, Mahlzeiten u.ä.	150
- Tagesmütter	300
- öffentliche Parkanlagen	400
- neue Energien, Umwelt	1.200
- Freiwilliges soziales Jahr	250
- Freiwilliges Ökologisches Jahr	250
- Sonstige (Rentnerhilfe u.ä.)	50
	—————
	10.000

5.3 Vielfältige Lern- und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder

Für Spracherwerb, Schulerfolg, Sozialisation und Integration haben Kindertageseinrichtungen (Kitas), Kindertagespflege (bis zu drei Kinder unter drei Jahren in Familienhaushalten) und Tagesgroßpflegestellen (bis zu acht Kinder bei zwei Tagespflegepersonen) große Bedeutung. Es sollte daher die Zahl der Kinder dort in drei Jahren verdoppelt werden. Bereits in den letzten Jahren wurde die Zahl der Kitas vergrößert.

Außerdem kann die Zahl der AsA-Beschäftigten und der Jugendlichen im Freiwilligen Sozialen Jahr erhöht werden. Um Mißbrauch zu vermeiden, also eine Absenkung der Entlohnung von Festangestellten auf AsA – Niveau, sollten nur neue

und zusätzliche Arbeitsplätze gefördert werden.

In fünf Jahren sollte Beitragsfreiheit für alle Kinder ab zwei Jahre gelten. Einige Länder und Kommunen in Deutschland sind Vorbilder. Außerdem ist die öffentliche Familienförderung, die 10% bis 20% höher als in anderen OECD – Ländern ist, gezielter einzusetzen, da jedes sechste Kind in Armut lebt.

Die Förderung sollte weniger der Umverteilung als der Lern- und Leistungsorientierung, besonders der Bildungseffizienz, dienen. Als effizient hat sich die institutionelle Förderung (Kitas, Tagesmütter, Schulspeisung) erwiesen.

Es ist sinnvoll, die Vielfalt der Lern – und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder zu erhöhen (Eltern-Initiative-Kitas, Eltern-

Kind-Gruppen, ab drei Jahre, fünf Tage pro Woche halbtags). Eine wichtige Rolle spielt die Sprachförderung (Sprachlerntagebuch, das auch für den Übergang in die Schulzeit nützlich ist), ferner die regelmäßige Fortbildung der Erzieher (Krippe bis Hortbetreuung). Kita – Checks, einige gibt es bereits, sollten zur Regel werden.

Im Falle alleinerziehender Mütter könnten je zwei die Betreuung von bis zu acht Kindern übernehmen, um den übrigen sechs die Chance zur Aufnahme von Arbeit einzuräumen. Erstere zwei würden z.B. AsA – Kräfte sein, letztere sechs einen Betrag von je etwa 50 Euro pro Monat zusteuern.

5.4 „die Kinder zu Hause abholen“

Fehlquoten von Schülern sind grundsätzlich nicht hinnehmbar. Entschuldigungen von Eltern und Atteste von Ärzten sind nicht selten wenig wert. Unter Schülern in MG zirkulieren Listen von Ärzten, die zügig attestieren, etwa auch für Sportbefreiungen.

Angesichts des geringen Schulerfolges (im Leistungscheck der Bundesländer lag 2004 nur Berlin hinter NRW) ist eine Ausweitung des bürgerlichen Engagements unverzichtbar.

Lehrer und etwa 200 AsA-Beschäftigte sollten zusammenwirken, um die Zahl der zu spät kommenden oder fehlenden Kinder kurzfristig zu verringern. Bisher versucht dies das Schulschwänzerprojekt „come back“.

Noch am selben Tag sollten Anrufe und Besuche, bei Hartnäckigkeit auch von Elternbetreuungslehrern stattfinden. Die Eltern würden sofort in die Pflicht genommen und in Selbsthilfegruppen in der Schule eingebunden. Weiterbildung in diesen soll es ihnen ermöglichen, ihre Erziehungsprobleme selbstständig zu bewältigen.³

Halten letztere an, verhalten sich die Eltern ablehnend, sollten nach bereits vier Wochen

spürbare finanzielle Sanktionen greifen. Sie sind bereits möglich, werden jedoch selten ausgeschöpft.

5.5 Schulergänzende Nachhilfe für arme Kinder durch Freiwillige

1. Für Nachhilfe-Franchise-Systeme geben die Eltern in Deutschland pro Jahr etwa 1 Mrd. Euro aus. Den Schülern mit großem Bedarf aus armen Familien steht jedoch Nachhilfe unzureichend, wenn überhaupt zur Verfügung. Auf Nachhilfe für sie sollten Freiwilligen – Programme zugeschnitten sein.

In MG könnten in drei Jahren 1.200 geeignete und zuverlässige Freiwillige (Rentner, Hausfrauen, Pfadfinder, junge Menschen aus Zuwandererfamilien, zugunsten gleichaltriger Jugendlicher aus solchen Familien) gewonnen werden. Möglichkeiten für ihren Einsatz gibt es viele: „Lesefee“, Lesepate, ganztägige Leseseminare, Lesecamps für Hauptschüler, etwa „Baden und Lernen“).

2. Lesekompetenz bleibt auch im digitalen Zeitalter für Schul – und Berufserfolg wesentlich. Kindern mit Lesefreude fällt die Schule leichter. Fast 45% befragter Kinder, die aus sozial schwachen Familien stammen und gern lesen, gaben an, der Unterricht sei für sie kein Problem. Menschen mit geringer Lesekompetenz benötigen mit erhöhter Wahrscheinlichkeit staatliche Unterstützung und werden eher kriminell (OECD).

Nicht wenige Politiker und Lehrkräfte klammern, da sie sich vor allem an den Mittelschichten orientieren, dieses Kernproblem vertikaler Mobilität aus. Schulleiter in MG schaffen Schulbibliotheken ab, spitzen damit die Fehlentwicklung weg von Lesen, Lernen und Leistung noch zu. Das Internet ist ein Hilfsmittel, nicht ein Ersatz für Lesefähigkeit.

Positiv ist die geplante bundesweite Sprachprüfung aller Kinder mit vier Jahren;

sie ermöglicht spezifische Programme zur Abhilfe.

„Die kulturelle Praxis einer Familie schlägt direkt und eindeutig auf die Lesekompetenz der Kinder durch.“⁴ Aber viele Eltern, nicht nur arme, vernachlässigen das Vorlesen. In Kitas und Schulen setzt sich die geringe Lesekompetenz, vor allem bei Mundart-sprechern und Zuwanderern, fort.

Der Zusammenhang zwischen sozialem Status und Karriere wird auch später selten aufgelöst. Sprach- und Lesewochen wie in Berlin oder der bundesweite Vorlesetag (13. November) mit etwa 8.000 ehrenamtlichen Vorlesern sind hilfreich. Entscheidend aber bleiben Anstöße in Schulen und über Nachhilfe.

Regelmäßigkeit ist wichtig; Urlaubstage sind möglichst zu nutzen; die Verbesserung der Sprachkenntnisse ist vordringlich, wie Erfahrungen in MG zeigen. Eine Versorgung mit den entsprechenden Büchern über Spenden ist in manchen deutschen Städten üblich. Spendenappelle sollten an die gesellschaftliche Verpflichtung möglicher Geber und an das Interesse, gut ausgebildete Arbeitskräfte zu bekommen, erinnern.

Als soziale Zentren für freiwillige Nachhilfe würden nachmittags und abends Schulen sowie aufgegebenen Kirchen und Geschäfte zur Verfügung stehen.

3. Aufgabe von etwa 50 Mediatoren (qualifizierten Streitschlichtern; ab 55 Jahre) wäre es, gewaltfrei und kostenlos Konflikte an Schulen zu lösen und soziale Kompetenz zu vermitteln. Diese Freiwilligen haben Zeit für intensive Konfliktgespräche, vor allem in Grund- und Hauptschulen. Außerdem könnten ausgewählte Grund- und Hauptschüler auf dem Pausenhof Risikojugendliche dazu bringen, soziale Verantwortung zu übernehmen.

4. Die Freiwilligen würden von Lehrkräften, Verbänden und Vereinen ausgewählt, vorbereitet, überprüft und fortgebildet. Angestrebt werden sollte Gruppenunterricht für

jeweils vier Schüler. Ziel sollte ein deutlich verbesserter Schulerfolg nach wenigen Jahren sein (z.B. 10% weniger Wiederholer und Schulabbrecher pro Jahr; 10% mehr Übergänge zu weiterführenden Schulen pro Jahr).

Unterstützend wirken Wettbewerbe und Preise. Medien schaffen bundesweit Aufmerksamkeit. Ein Programm „Lust an Lernen und Erfolg“ würde schrittweise auf alle Schultypen ausgeweitet. Für Kinder mit Migrationshintergrund sollten auch die bundesweiten Programme genutzt werden (MIQA /Motivieren, Qualifizieren, Aktivieren, das im Falle der türkischen Verbände Bildungsbotschafter vorsieht; JU-MILO/ Junge Migranten als Lotsen, drei Stunden pro Woche, bisher an 15 Standorten, vor allem als muttersprachliche Vorleser).

5. Die Annäherung an eine vertiefte Berufsorientierung für Haupt- und Realschüler sollte pragmatisch erfolgen. Ein Beispiel: Die Kooperative Gesamtschule Neustadt/Niedersachsen bildet ihre Hauptschüler an zwei Tagen der Woche gemeinsam mit der Berufsschule aus. Die Lernmotivation der Schüler nimmt zu; die Vermittlung von Ausbildungsplätzen wurde auf fast 70% gesteigert.⁵

Warum nicht die Bemühungen der Bertelsmann Stiftung nutzen, Wirtschaft als ein Schulfach zu etablieren? Warum nicht enger mit kommunalen und regionalen Institutionen (Arbeitsamt, Kreishandwerkerschaft, Schulamt, IHK MN), die bereits Beratung und Projekte, Veranstaltungen und Schulpraktika oder eine Ausbildungsbörse anbieten, zusammenarbeiten?

5.6 „Kultur der Freiwilligkeit“: eine Grundlage kommunaler Solidarität

1. Ein Vorteil in MG ist es, daß freie Wohlfahrtsverbände, auch wegen der sozialkatholischen Tradition, schon lange Bedeutung besitzen. Ein weiterer Vorteil ist das ausgeprägte Vereinswesen, das allerdings noch wenig für die Arbeit von

Freiwilligen im schulischen Bereich genutzt wird.

Ein Nachteil besteht darin, daß die Motivation des Bürgertums, sich für die Stadt zu engagieren, abgenommen hat. Teile der Mittelschicht beschränken sich auf kritisches Kommentieren. Die meisten Armen bleiben passiv. Das Potential an „Freiwilligkeit“ wird weniger als in einigen Nachbarländern genutzt. Gesellschaftliche Antriebskräfte bleiben unerschlossen.

Einen Vorteil bietet MG der räumliche Aspekt. Es gibt keine ausgeprägten Slums, allenfalls Straßenzüge mit ausgeprägtem Entwicklungsbedarf. In der ganzen Stadt gibt es Beispiele für niedrige Einkommen, keinen Job oder – wie in vielen Entwicklungsländern – zwei oder drei Jobs. Es kommt also nicht auf ein „Aktionsbündnis für Brennpunktquartiere“ an, sondern auf eine flächendeckende Mobilisierung von Selbst – und Mithilfe.

Statt um Vorranggebiete mit Modellprojekten geht es darum, Arbeitslose, Unterbeschäftigte und Arme zu Lernen und Arbeit anzuspornen. Diesen fehlt es nicht an „Zeit“, wie die übliche Fernsehdauer pro Tag verdeutlicht, sondern an Angeboten und Anstößen, Zeit alternativ zu verwenden.

2. Kitas, Grund-, Haupt- und Realschulen, Sportvereine, Jugendfreizeiteinrichtungen, Nachbarschaftszentren, Sozialämter, Polizei, Richter, Stadtplaner, Bürgerinitiativen und Arme müssen eng zusammenarbeiten, um neue soziale Lösungen zu entwickeln und umzusetzen (*Schaubild 14*).

3. Für das Programm „Kultur der Freiwilligkeit“ sollten etwa 50 Freiwillige als Vereinsbotschafter tätig sein, u.z. Freiwillige aus den Vereinen selbst. Sie würden Personen und Familien ansprechen, einladen, Spenden mobilisieren, etwa für die Mitgliedschaft armer Kinder in Vereinen. Warum diese nicht auch stärker für die Mitarbeit in Karnevalsvereinen mobilisieren?

4. Es gibt vielerlei Instrumente zur Mobilisierung von Freiwilligen:

- Freiwilligentage,
- Ehrenamtsbörsen,
- die Medien, eine Internetseite für Ehrenamtliche in MG und deren Tätigkeitsbereiche,
- Freiwilligkeitsagenturen oder die Schulung von Koordinatoren für Freiwilligenarbeit in einer lebendigen kommunalen Gemeinschaft.

Warum sollte freiwillige Arbeit, etwa die in Freiwilligendiensten, nicht bei Bewerbungen für den öffentlichen Sektor berücksichtigt werden?

Den Freiwilligen selbst sind Angebote zur Weiterbildung, etwa zur Aneignung von PC-Kenntnissen, zu machen (Nachhilfe gegen Fortbildung, Einladung zu kommunalen Veranstaltungen und Theaterbesuchen, Teilnahme am kommunalen Freiwilligentag mit Vorstellung der eigenen Arbeit, auch an „Mitmachaktionen“). Deutsche Senioren mit beruflicher Erfahrung spielen auch in der Entwicklungszusammenarbeit eine Rolle.

Warum z.B. nicht auch Freiwilligenarbeit zur Verstärkung der MG connect Schnittstelle (Schüler – Lehrer – Chefs)? Sie hilft, freie Ausbildungsplätze anzusteuern, etwa im Projekt JOBSTARTER (Kommunikatoren: beteiligte Lehrer, Studien- und Berufskoordinatoren).

5. Warum sollte es nicht selbstverständlich werden, etwa in drei Jahren, daß sich 40% - 50% der 60- bis 69-Jährigen pro Woche zwei Stunden in der Freiwilligenarbeit engagieren? Natürlich nur bei Zufriedenheit, aktiv an der kommunalen Gemeinschaftsgestaltung mitzuwirken und bei Freude an der Arbeit?

Es geht nicht um Rückzugsbestrebungen des öffentlichen Sektors, sondern um einen

Schaubild 14

Soziale Lösungen mit Freiwilligen (Beispiele)

In Berlin arbeiten Grundschulen mit dem Kinderschutzbund, Künstlern und **Kiez – Initiativen** zusammen.

Zusammen mit der Arbeitsagentur werden in Sportvereinen mancher Städte Langzeitarbeitslose ehrenamtlich eingestellt: als Platzwarte, Jugendtrainer, Übungsleiter, Schiedsrichter. Eine Anerkennungskultur wird geschaffen: Dankessymbole und – feiern, Ehrennadeln, kleine Aufwandsentschädigungen, Finanzierung der Haftpflicht- und Unfallversicherung durch die Kommune, Ehrenamtspaß, „Aktion Ehrensache“ in Medien.

In Venezuela zieht die Jugendorchesterbewegung mit großem Erfolg Familien und das weitere soziale Umfeld mit. Die Begeisterung löst Lernprozesse und Zusammenhalt aus.

Außerdem:

- Hilfe für Rentner, Kranke, Verbrechenopfer,
- Hospizpflege,
- Nachbarschaftshilfe,
- Frühstück und juristische Beratung für Obdachlose,
- Netzwerk Kinderschutz gegen Vernachlässigung und Misshandlung,
- Pflege von Gärten in Seniorenheimen, Schulen und öffentlichen Plätzen,
- Anstrich von Wohnheimen für Menschen mit Behinderung, Aufbau von Spielgeräten,
- Unterstützung von Sozialarbeitern an Schulen,
- „Tafel“ – Arbeit,
- Sammeln von Büchern in Sparkassen und Banken für Kitas und Schulen,
- Beratung sozialschwacher Familien.

großen Schritt in der kommunalen Entwicklung: über Krisengruppen, etwa von Flüchtlingen, Stadtteilgruppen, Mütterkurse für zugewanderte Frauen, türkische Selbsthilfegruppen, Kontaktgruppen zu Menschen außerhalb des eigenen Zuwandererkreises, um Distanz zum eigenen Milieu zu ermöglichen, damit sich neue Lebensentwürfe entfalten können, oder Patenprogramme.

5.7 Kontrolle der Bildungs-, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen

1. Der Bildungsnotstand in MG hat auch mit Mißständen an manchen Bildungseinrichtungen zu tun, die sich aus einem Verlust an Autorität, Disziplin und Ordnung

ergeben. Dieser ist nicht leicht wettzumachen. Außerdem wird „Bildung“ nicht selten als Aufgabe der gymnasialen Oberstufe betrachtet.

Eine Orientierung an der „best practice“ in Deutschland ist erforderlich. Leitungspositionen sind mit Fachkräften, zu besetzen. Die Selbstständigkeit einer jeden Bildungseinrichtung ist zu stärken, der Freiraum für das Personal auszuweiten – aber, zusätzlich zur Kontrolle ist eine Kontrolle der Kontrolleure unabdingbar. Fehlzeiten des Personals sind zu überprüfen.

2. Kranken- und Pflegehäuser sollten pro Jahr ihre Annäherung an die „best practice“ in Bund und Land sowie die weiteren Spezialisierungs- und Entwicklungsziele dokumentieren und veröffentlichen.

Ein Beispiel: Die Hardterwald-Klinik muß wieder internationalen Standard erreichen.

Sie wurde aus dem Vermögen, das Louise Gueury (1854 – 1900) der Stadt vermachte, als eine der modernsten Lungenheilstätten im Deutschen Reich aufgebaut.

Qualitätsvergleiche von Kliniken und Heimen schaffen in manchen Städten Transparenz (z.B. Klinik- und Pflegeheimführer). Dies gilt auch für die Daten der BQS / Bundesgeschäftsstelle Qualitätssicherung in Düsseldorf und andere Internet-Informationen. Insbesondere die Qualität im ambulanten Pflegesektor ist zu messen und zu vergleichen. Sie scheint nicht selten eher gering zu sein. Abrechnungen werden, wie Beispiele belegen, unzureichend überprüft.

3. Eine Ursache ist, daß die sozialen Sicherungssysteme, welche die sozial unerwünschten Folgen des hochproduktiven Wirtschaftssystems angehen sollen, selbst ein Problem geworden sind. Umfangreiche öffentliche Bürokratien und ausufernde vorgelagerte private Träger wuchsen heran, ohne daß die Rationalisierungs- und Kontrollkompetenz hinreichend zunahm.

Außerdem überlasten materielle Sozialleistungen (z.B. Erstattung der Mietkosten oder Lernmittel – und Rundfunkgebührenbefreiung) den Staat finanziell, bürokratisch und juristisch. Die „Vorsorge“ expandiert, ohne die Armut zu verringern. Insofern läuft die Sozialbürokratie ins Leere.

6 Exkurs: Auf der Suche nach kulturellen Standortvorteilen

6.1 Mönchengladbach, Rheydt, Viersen: Städte ohne Kern

1. Die Großstadt MG ging 1975 aus einem Konglomerat von Städten und Ortschaften hervor. Ihre Einwohnerzahl (Frühjahr 2009 262.391) nimmt seit Mitte der 90-er Jahre ab, etwa um 2% pro Jahr. MG weist einen Sterbeüberschuß (zu wenig Babys) und einen Wanderungsverlust (Wegzug junger Leute) auf. ¹ Ein „Oberzentrum“ entstand nicht; hierzu wuchs kein ausreichend gemeinsamer politischer Wille heran.

MG, der Stadtteil Rheydt und auch Viersen fehlt ein Stadtkern. In MG kann die Straßenkreuzung Hindenburgstraße/ Bismarckstraße einen solchen nicht ersetzen. Die Geschäfte auf der wichtigsten Einkaufsstraße, der Hindenburgstraße, wechseln häufig ihren Besitzer.

Der Alte Markt ist nicht Mittelpunkt einer aufstrebenden Großstadt, sondern Treffpunkt zu Essen, Trinken und Reden – im Sommer draußen. Es fehlen nicht nur einige Baumgruppen...

Sogar das Lotterleben in Waldhausen („Wates“) floriert nicht so recht.

Viele Straßennamen verweisen auf historisch – kulturelles Steckenbleiben, auf das rechte Erbe der Kaiser-, Kolonial- und Weimarer Zeit, zudem auf Gründer und Träger des Volksvereins.

2. Der Rat der Stadt versucht seit 1975, zwei Innenstadtzentren, also auch das von Rheydt, zu erhalten. In der Rheydter Innenstadt trugen Funktionsverlust sowie leerstehende Ladenlokale, Wohnungen und Häuser zu einem unansehnlichen Stadtbild, teils auch maroder Bausubstanz, bei. ² Sie erinnert an Stadtbilder in den östlichen Bundesländern, ist allerdings nicht so saniert und adrett.

Das Zentrenkonzept des Rates von 2007 soll beide Innenstadtzentren attraktiver machen. Auf Urbanität komme es, so einige

Gutachten, auch deswegen an, um Kaufkraft aus dem Hinterland abschöpfen zu können. Das Stadtbild in MG wurde durch einige Neubauten (Santander Consumer Bank Zentrum, Bürocenter am Landgericht, Ärztehaus gegenüber Maria Hilf) verbessert.

3. In MG soll ab 2010 ein großes Einzelhandelszentrum mit Gastronomie („Forum“) entstehen. MG soll „für alle Sortiments die Einkaufsstadt Nr. 1 am Niederrhein werden“ ³, etwa wie im Ruhrgebiet „Essen.Einkaufsstadt“.

Vorgesehen sind: ein fast vollständiger Ab- und Rückbau des Stadttheaters, das seit langem geschlossen ist, die Tieferlegung der dann vierspurigen Steinmetzstraße, der Abriß des leerstehenden Finanzamtes, etwa 700 Parkplätze auf dem Dach ...

Der Masterplan Innenstadt MG sieht, um die Urbanität zu erhöhen, „die Entwicklung eines räumlich-funktionalen Konzepts vor, welches die Schlüsselorte im Stadtgefüge sowie die besondere Topographie der Innenstadt unter- und miteinander zu einem vielgestaltigen und lebendigen Gefüge verbindet.“ ⁴ Ähnlich vage Begründungen finden sich für Großprojekte im armen Berlin oder in Lateinamerika.

Damit nicht genug: Zugleich ist in der „City Ost“, dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofes, ein Fachmarktzentrum (Consumer Electronic – Bereich) geplant, einschließlich eines Parkplatzes mit 1.300 Stellplätzen und einem durchquerenden Grünzug. ⁵ Die Rheydter Innenstadt soll „eine zukunftsste, gegenüber der Hindenburgstraße komplementäre Position finden.“

Wird das „Forum“ die Innenstadt in MG lebendiger und vielfältiger machen? Auf absehbare Zeit bindet es hohe kommunale Investitionen, vor allem in die materielle Infrastruktur. Zumindest sollte nicht – durch „Forum“ und „City Ost“ – Verkehr in die Innenstadt gezogen werden. Es bietet sich an, Parkplätze unterhalb des Abteibergs und von dort einen Aufzug in die Innenstadt zu bauen, so wie häufig in Italiens Hügel-

städten. Zumindest sollte nicht der ruhige Adenauerplatz durch einen Ausgang des Forum „belebt“ werden.

Werden anfangs – wie im Falle ähnlicher Großprojekte etwa in Essen und Gelsenkirchen – durch günstige Mieten Geschäfte angezogen, um dann bald die Mieten zu erhöhen? Wird der Leerstand in den Zentren von MG und Rheydt weiter zunehmen? Bricht die „Bipolarität“ der Stadt vollends zusammen?

4. Ist das Einzugsgebiet des MG-Einzelhandels tatsächlich auszuweiten? In Richtung: Midden – Limburg, Kreis Neuss, Heinsberg, Viersen? Obwohl in Venlo und Roermond ein großes neues Angebot besteht? Kommt es zu einer „Einkaufsstadt MG“, wie sie seit 1975 mehrfach geschaffen werden sollte? Heute wird das „Absatzpotential“ mit ca. 600.000 Menschen im direkten Einzugsgebiet angegeben. Allerdings fallen bald 5.000 Käufer aus dem JHQ weg. Zudem verlieren 1.000 deutsche Beschäftigte aus dessen Umgebung ihre Arbeit. „Erreichbar“ (WFMG) seien 15 Millionen Konsumenten im Umkreis von 100 Km ...

MG hat sich viel, wahrscheinlich zuviel, vorgenommen (Nordpark; weitere Gewerbestädte; Neubaugebiete, etwa „Am Bökelberg“, wo nach Abriss des Borussia – Stadions Einfamilienhäuser entstehen sollen; Ausbau des Franziskus-Krankenhauses; Abriß des Maria Hilf-Krankenhauses; eventuell auch der Stadtbibliothek; Renovierung des Theaters in Rheydt; Ausbau des Flughafens; Sanierung verschiedener Schulen über das Konjunkturprogramm). Das Programm weist auf den politischen Einfluß der lokalen Bauwirtschaft.

Die Frage nach den gesellschaftlichen Prioritäten stellt sich zugespitzt so: Erneuerung der materiellen Infrastruktur und der Bausubstanz oder „Schwerpunktbildung bei Wissen, Information und Netzwerken angesichts der 'neuen Technologien' und

der Globalisierung sowie bei der kommunalen Gemeinschaftspolitik“?

6.2 MG im Niedergang gebiert ästhetische Ungeheuer

Die Formgebung der Architektur spiegelt die politische, wirtschaftliche und kulturelle Situation einer Stadt wider. Im Niedergang einer Stadt werden architektonische Ungeheuer erzeugt. Verantwortlich sind politische Akteure mit unzureichenden qualitativen Selektionskriterien und einem geringen Verhandlungspotential, etwa gegenüber Entwicklern und Betreibern von Einkaufszentren. Wer an der Stadt verzweifelt, verzweifelt in Wahrheit an der kommunalen Gemeinschaft.

1. Ein ästhetisches Ungeheuer entstand mit dem riesigen Rohrgeflecht über dem Busbahnhof auf dem Vorplatz des kaum mehr sichtbaren, nicht hässlichen Hauptbahnhofportals von 1909. Das Geflecht ist wenig funktional, zudem seit Jahren schmutzig. Kleine Nachbildungen befinden sich auf der Hindenburgstraße – zum Sitzen. Warum kein Rohrgewitter über dem Alten Markt?

2. Gegenüber dem Hauptbahnhof, also auf der anderen Seite des Ungetüms, steht ein weiteres, fast lebloses Ungeheuer: Haus Westland, von der Stadt angemietet, dann „Zusatzbau“ und „Umbau“, dann entmietet. Es beschädigt den Bahnhofsvorplatz weiter. Hinter dem Hochhaus wurden Häuser abgerissen, um zunächst Parkplätze, dann die durch das „Forum“ erforderliche vierspürige Straße zu schaffen.

3. Zur Hindenburgstraße hin wurde das klobige Vitus-Center gebaut. Das größte Geschäft dort und zwei kleinere sind bereits weggezogen. Der urbane Eindruck des gesamten Ensembles ist für jemanden, der aus dem im Innern teilweise verkommenen Hauptbahnhof tritt, vernichtend.

4. Zwei Ecken weiter findet sich ein ebenfalls privates Ungeheuer, die

Sparkassenzentrale am Bismarckplatz. Es gibt einige mehr... Zwischen öffentlichem und privatem Dilletantismus besteht kein Unterschied: die Bauten gesichtslos oder hässlich, manche Plätze abweisend, kaum Fahrradwege – auch daher Leerstand ...

Kulturell liegt MG im toten Winkel. Vor allem Brauchtum wird gepflegt, zum Wochenende Altstadttrubel. Der wirtschaftliche Zog auch den kulturellen Niedergang, insbesondere der kulturellen Infrastruktur, nach sich. Die Stadt soll jedoch „zu einer kulturellen und wirtschaftlichen Drehscheibe werden.“⁷

1. Die Schulen kommen den Erwartungen der Wirtschaft nicht nach.⁸ Die meisten Gymnasien zeigen wenige besondere Stärken. Die Mängel im Bildungssektor ergeben sich aus dem Niedergang der Wirtschaft, sind aber auch Ursache dafür, daß diesem nicht mit kreativen Konzepten begegnet wird.

2. Seit 1950 gibt es die Vereinigten Städtischen Bühnen Krefeld-MG, das älteste Kooperationstheater Deutschlands, mit etwa 600 Veranstaltungen pro Jahr. Das Theater in Rheydt wird renoviert; die Ausweichspielstätte liegt im entlegenen Nordpark. Aufführungen sollen nun auch in leerstehenden Fabrikhallen stattfinden.

3. Das 1982 eröffnete Museum Abteiberg des Wiener Architekten Hans Hollein war lange ein Fremdkörper: Die lokale Öffentlichkeit und nicht wenige Politiker waren mit dem – schönen – Zentrum für moderne bildende Kunst (J. Beuys, Pop, Minimal, Concept Art) überfordert. Es fehlte an finanziellen Mitteln für Neuankäufe und Personal. Viele Jahre wurden in „Die Zeit“ keine Ausstellungen angekündigt. Dann aber: „... welche am Rande des Ruins wankende Stadt hätte es gewagt, ihr Prunkstück ... für fünf Millionen Euro zu sanieren ...“⁹ Die neue Direktorin setzt das knappe öffentliche Geld geschickt ein: Das Museum wird „wieder als sozialer Raum ins Bewußtsein gerufen ...“¹⁰

4. In welchem Maße kommunale Politik gesellschaftlich nützliche Wirkungen auszulösen vermag, verdeutlichen einige gelungene Projekte zum Aufbau von Parks und zur Renaturierung:

- Der Niersverband trug 1927 zur Melioration der Industriekloake Niers bei. Die Renaturierung ging später weiter – für die EUROGA 2002 wurde die Flußlandschaft ausgebaut.

- Das Gelände der Deutschen Rosenschau 1928 wurde zum schönen Bunten Garten umgebaut, der 1955-58 durch zwei ehemalige Friedhöfe erweitert wurde.

- Der „Kunstweg Niers“, die „Skulpturenmeile“ und der „Skulpturengarten“ des Museums Abteiberg bilden eine gelungene „Trilogie der Open-Air-Kunst in MG“¹¹, die zum Verständnis für moderne Kunst beiträgt.

MG ist eine „grüne Großstadt“: Zwar ist sie dicht besiedelt (1.534 Menschen auf 1 km² Einwohnerdichte, 3.452 Einwohner pro km² Siedlungsdichte); auf Grün-, Wald-, Erholungs- und Landwirtschaftsflächen entfallen 55,3% der Gesamtfläche.

6.3 Auch eine Stadt im Niedergang kann Heimat sein

Im Baedeker heißt es zu MG: „Die Stadt ist eher unspektakulär“¹² Das ist vernichtend. Kaum ein bekannter Philosoph oder Künstler blieb vor Ort. W. Dilthey oder H. Jonas gingen weg.

Die Familie Dilthey war seit etwa 1700 in der Wollweberei tätig und produzierte um die Mitte der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts ein Drittel aller deutschen Export-Cordwaren. Heute werden in der Arthur Dilthey Weberei Samte, Cordsamte und Baumwollstoffe erzeugt.

Auch H. Jonas kam aus einer Familie, die eine Textilfabrik betrieb.

Ohne Zweifel ist ein Stolz auf diese Heimat, wie ihn Einwohner prosperierender Großstädte ausdrücken, nicht angebracht. MG ist eine „schwierige Heimat“. ¹³

Auch in eine Stadt mit schwachem technisch-industriellen Kern, geringer urbaner Qualität, hoher Arbeitslosigkeit und niedriger Kaufkraft, teils auch einer dürftigen Kultur, jedoch wachsenden Subkulturen wird man hineingeboren. Erst in den Jahren vor dem Abitur lernt man, Vergleiche mit anderen Städten und Ländern zu ziehen und die beruflichen Chancen vor Ort einzuschätzen. Man geht. „Ubi bene“, wo es Arbeit gibt, „ibi patria“. Wer bleibt, zieht nicht selten in naturnahe Ortschaften der Umgebung, z.B. nach Waldniel.

Allerdings hat der Begriff „Heimat“ auch andere Dimensionen:

1. „Oss Platt, datt is en schöne Schproak.“ ¹⁴
Das Gladbacher Platt, zum niederfränkischen Dialekt gehörend, besteht in den einzelnen Vierteln, Honschaften und Schichten aus einer Reihe von Mundarten, die sich mehr oder weniger voneinander unterscheiden. ¹⁵

Infolge der Befreiung, später Besetzung durch Napoleon ist es mit allerlei Verballhornungen aus dem Französischen belebt. Es ist bildreich, bietet vielerlei Möglichkeiten, Humor, Ironie und leichte Spitzen auszudrücken, ist zugleich ziemlich gemütlich.

Es bildet eine geeignete Grundlage für Sprachkünstler, die aus der Stadt kommen, z.B. V. Pispers, und zwar auch dann, wenn sie Hochdeutsch sprechen. Freilich wird Dialekt vor allem von Personen mit geringer Aufstiegsorientierung gesprochen. Auf den Gymnasien stellt er ein Ausleseinstrument dar. Mangels Nachhilfe – warum nicht durch Lehrer? – wird seit langem intellektuelles Potential leichtfertig verschüttet.

2. Die Einwohner der Stadt hatten mehr als zwei Jahrhunderte Zeit, sich bei geringem Einkommen zu arrangieren. Sie bewahren

eine ergebene, fast fatalistische, dabei häufig zugleich fröhliche Gutmütigkeit. Sie versuchen, wo immer möglich, „ihr Schicksal mit der Hand zu korrigieren“, auch eine Wendung aus dem Französischen. Vorzuwerfen ist ihnen allerdings, daß sie sich kaum je energisch für einen zukunftsorientierten Weg ihrer Stadt eingesetzt haben.

Positiv ist, daß Kriege anderswo angezettelt wurden. Man ging ihnen, wie H. Böll es beschrieb, aus dem Wege. Ideologien, auch der Nationalsozialismus, fanden hier weniger Überzeugte, natürlich noch genug!

Es gibt so manche lustige Grüppchen, die einschließlich ihrer Kinder und Enkel am Stadtrand, auf der Burg Waldeck im Hunsrück und in den dieser benachbarten Dörfern, auf der Gitarre begleitet, Lieder aus der Wandervogelzeit singen.

3. „Heimat“ ist Aneignung: Zu ihr zählt das Münster auf dem Abteiberg: das rundbogige Portal, das spätromanische dreijochige Langhaus und der kreuzrippengewölbte gotische Chorraum, den der Kölner Dombaumeister Gerhard entwarf. Es gibt – bei großer Einfachheit – staufische, französische, wahrscheinlich sogar normannische Einflüsse – und das schöne Bibelfenster, eine der ersten großen Leistungen der Glasmalerei der Hochgotik (*Schaubilder 15 und 16*).

Diese Heimat ist kein geringer kultureller Standortvorteil. Ein solcher Heimatbegriff wird durch Nivellierungs- und Uniformierungstendenzen kaum beeinträchtigt. Ohnehin aber bedeutet „Heimat“ auch: „mit Heimatverlust leben“. Auf diesen weisen:

- die Zerstreuung der weitbekannten Bibliothek des Benediktinerklosters,
- die Vernichtung der Walter Kaesbach Stiftung vor allem expressionistischer Malerei 1937 – 44 ¹⁶ oder
- die kleinen jüdischen Friedhöfe in Rheindahlen, bei Hochneukirch oder Liedberg.

Schaubild 15

Zur Heimat gehören auch ...

- das Renaissanceschloß aus dem 15. Jahrhundert in Rheydt,
- der Gladbacher Wasserturm im Jugendstil,
- der Dom zu Aachen,
- die romanischen Kirchen in Köln sowie Stefan Lochner,
- der Altar der „Sieben Schmerzen Mariens“, das Hauptwerk von Heinrich Douverman, in St. Nikolai zu Kalkar,
- die Predella mit der „Wurzel Jesse“ im St. Viktordom zu Xanten, ebenfalls von Douverman,
- die Wandmalerei in der gotischen Heiligenkreuzkapelle in Kipshoven / Wegberg, die erst durch die Renovierung von 1968 freigelegt wurde,
- das schöne Thorn,
- Heinrich Heine und die rheinischen Expressionisten, vor allem August Macke, die auf Wandel gegen die Bevormundung der Kunst aus Berlin setzten.

Schaubild 16

Außerdem gehören zur Heimat

- die vielen Mühlen im Schwalm- und im Nettetal,
- der Erlenbruchwald, im Frühjahr mit den Blüten des Bitteren Schaumkrauts,
- die leuchtend gelben Moorkilien bei einer Wassermühle,
- das Elfenmeertje im Naturreservat Meinweg, wo noch Dachse Heimat finden,
- die Streuobstwiesen in der Nähe von Genhülsen mit alten hochstämmigen Obstbaumsorten,
- auch die Motten des 10. bis 12. Jahrhunderts, etwa die auf der Insel im Tüschbroicher Schlossweiher. Sie gehören wieder zur Natur; diese ist allerdings am Niederrhein Teil der Kultur.

Die Spezifika des Kulturmosaiks schaffen das Potential an Eigen- und Fremddynamik in der Heimat – sofern sie nicht in Vergessenheit geraten.

Anmerkungen

Zusammenfassung

- 1 K. Eßer, Von der Industrie- zur Informationsgesellschaft. Nationalstaatliches Handeln im Übergang, in: Ibero-Amerikanisches Archiv. Zeitschrift für Sozialwissenschaften und Geschichte, Jg. 25, Berlin 1999, H. 1-2, S. 33 – S. 75; D. Messner, Die Netzwerkgesellschaft, Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Probleme gesellschaftlicher Steuerung, DIE / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Schriftenreihe. Bd. 108, Köln 1995
- 2 Stadt MG, MG 2030 – plus, Leitbild für die Stadt MG, Entwurf, S. 18
- 3 Zur Bildung von „Clusters“: T. Hurtienne, D. Messner, Neue Konzepte internationaler Wettbewerbsfähigkeit in Industrie- und Entwicklungsländern, in: K. Eßer et al., Globaler Wettbewerb und nationaler Handlungsspielraum. Neue Anforderungen an Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, DIE, Schriftenreihe, Bd. 112, Köln 1996, S. 54 – 71
- 4 Z.B. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2009, Köln 2009

1

- 1 Stadt MG, Presse- und Informationsamt, In der Stadt. Geschichte entdecken in MG, Nr. 30, S. 16
- 2 H.-W. Sinn, in: IHK MN. Der Geschäftsbericht 2008/2009, Krefeld 2009, S. 11 f.
- 3 Z.B. U. Garbisch, Giesenkirchen von der Preußenzeit bis 1919, in: Loca Desiderata, Mönchengladbacher Stadtgeschichte, Bd. 3.1 (Hg. W. Löhr), Köln 2003, S. 447 – 483, S. 470 f.
- 4 F. Meyers, Franz Gielen, MG 1987, S. 19 f.
- 5 H. Henning, Die Wirtschaft im städtischen Raum, in: Loca ..., Bd. 3.1, S. 575 – S. 743, S. 740; zu 1 und 2 auch: H. K. Rouette, Textilbarone, Industrielle (R) Evolution in der Mönchengladbacher Textil- und Bekleidungs-geschichte, Dülmen 1996; verschiedene Beiträge in: Loca ...; K. Boland, Sozialgeschichte MG, in: Arbeitsgemeinschaft Armutskonferenz – Sozialbericht; I. Hantsche, Atlas zur Geschichte des Niederrheins, Essen⁵ 2004
- 6 Henning, Die Wirtschaft ... S. 597 f.
- 7 O. Büsch, W. Neugebauer (Hg.), Moderne Preußische Geschichte, 1648 – 1947, Bd. 1, Berlin, New York 1981, S. 393
- 8 Ebenda, S. 389
- 9 Ebenda, S. 460 f.
- 10 K. Eßer, Modernisierungshemmnisse der lateinamerikanischen Regionalkultur, DIE, Berichte und Gutachten / BuG 4, Berlin 1998, S. 27 – S. 39
- 11 W. Löhr (Hg.), Die Fabrikordnung der Firma F. Brandts zu MG, unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1885, MG 1974, S. XI
- 12 Vgl. G. Franz-Willig, Der große Konflikt: Kulturkampf in Preußen, in: Büsch, Neugebauer, Moderne ..., Bd. 3, S. 1395 – S. 1457, S. 1428; zu den „außenpolitischen Gefahren“: ebenda, S. 1423; Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Berlin, drei Bde. In einem Bd., S. 467
- 13 K.E. Born, Das Reich unter der Führung Bismarcks, in: B. Gebhardt (Hg.), Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 3, Stuttgart⁸ 1960, S. 194 – S. 255, S. 236
- 14 H. Jonas, Erinnerungen, Frankfurt a.M., Leipzig 2003, S. 34
- 15 Henning, Die Wirtschaft ..., S. 679
- 16 W. Löhr, MG im 19./20. Jahrhundert, in Loca ..., Bd. 3.1, S. 9 – S. 240, S. 47
- 17 M. Sollbach-Papeler, Kriegsende 1945 und frühe Besatzungszeit in MG und Rheydt, MG 1991, S. 31

- 1 Z.B. K. Eßer, Institutioneller Wandel unter Globalisierungsdruck. Überlegungen zu Aufbau und Koppelung von Nationalstaat und Marktwirtschaft in Chile, DIE, BuG 4, Berlin 1999, S. 12 – S. 14, S. 50 ff.
- 2 IHK MG, Promemoria ..., 4.3.1968; Prognos AG, Basel 1976 (nach Henning, Die Wirtschaft ..., S. 338 f.)
- 3 Rheinische Post / RP, 8.9.2007
- 4 RP, 6.3.2009
- 5 C. Siedentop, Industrie auf Talfahrt, RP ONLINE, 24.2.2009
- 6 Henning, Die Wirtschaft ..., S. 719, S. 737 f.; anderer Meinung: U. Burg, Die industrielle Entwicklung der Stadt MG, MG 1987, S. 66
- 7 Rouette, Textilbarone ..., S. 32 ; vgl. IHK, Standort MG ..., S. 15 („Die reale wirtschaftliche Leistung der Dienstleistungsbereiche wird sich bis zum Jahre 2020 um fast 50% erhöhen. Allerdings mündet dieser Trend nicht in eine Deindustrialisierung, da die Bruttowertschöpfung des produzierenden Gewerbes (ohne Bau) im gleichen Zeitraum um rund 30% zunehmen wird.“) Wie wird hier Deindustrialisierung definiert?
- 8 Z.B. K. Eßer, Partnerschaft mit Schwellenländern – Anforderungen an die deutsche Politik, DIE, Analysen und Stellungnahmen, Berlin 2000
- 9 H. Weiss, Maschinenbau, Die Zeit, 23.4.2009, Nr. 18, S. 24
- 10 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in beispielhaften Wirtschaftszweigen in MG, LDS / Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, Juni 2006
- 11 LDS, HWK Düsseldorf, Dez. 2005
- 12 IHK MN, Krefeld 2007
- 13 Z.B. Relations & Co Marketing und Kommunikation, 2009/2010
- 14 IHK, Standort MG ..., S. 11, Abb. 2
- 15 Henning, Die Wirtschaft ..., S. 747
- 16 IHK, Standort MG ..., S. 11, Abb.2
- 17 Kennzeichenvergleich, 14 Kommunen in NRW (RP, 19.2.2009)
- 18 BA, 2009
- 19 Statistik MG, Daten – MG – meinestadt.de, S. 1
- 20 Arbeitsmarktagentur, Hauptagentur MG, Eckwerte des Arbeitsmarktes im April 2009, MG, April 2009
- 21 Stadt MG, Sozialdezernat, Familienbericht MG, 2006 (Angaben für den 21.12.2006)
- 22 Trotz relativ vieler Ärzte (215 pro 100.000; Bund 160) und Krankenhausbetten (84 pro 10.000, Bund 64) (MG, Gesundheit und Bildung, meinestadt.de, 2009)
- 23 Familienbericht ..., 1.1.4
- 24 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Städteranking, 50 Großstädte, 2007 (MG insgesamt Rang 37; in der Dynamik-Rangliste bilden MG, Aachen, Rostock und Wuppertal die Schlusslichter)
- 25 Stadt MG, MG 2030 – plus ..., S. 9
- 26 Kennzeichenvergleich ...
- 27 Bundesfamilienministerium, Familienatlas 2007
- 28 Universität Hamburg, Vergleichende Stadtforschung, Hamburg 2004
- 29 P. Eßer, Der mittlere Niederrhein, der Mezzogiorno Deutschlands, MS

3

- 1 IHK MN, Beispiel „eingetragene Firmen“ (Gewerbestructur): MG 4.488, Rhein-Kreis Neuss 7.477 (Überblick in Zahlen, 1.8.2008, Krefeld 2008)
- 2 U. Klammer, Kinderarmut in MG, Studie, Arbeitsgemeinschaft Armutskonferenz, MG
- 3 J. Habermas, Zeit der Übergänge, Frankfurt a.M. 2001, S. 89
- 4 K. Eßer, W. Hillebrand, D. Messner, J. Meyer-Stamer, Systemische Wettbewerbsfähigkeit. Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Anforderungen an die Politik, DIE, BuG 11, Berlin 1994, S. 12, S. 20
- 5 Memorandum ..., S. 47
- 6 A. Diesterweg, Beschreibung der Preußischen Rheinprovinzen, nach: Niederrheinische Blätter, 14.2.1991
- 7 Zitiert wird der Insolvenzverwalter V.Q. (RP, 8.9.2007)
- 8 M. Tomasello; vgl. M. Greffraht, Das Tier, das "Wir" sagt, (Die Zeit, 8.4.2009, Nr. 16, S. 33)
- 9 Stadt MG, MG 2030 – plus ..., S. 8, S. 12

4

- 1 WFMG, Wirtschaft, Immobilien, Netzwerke, MG 2008, S. 4 – S. 9
- 2 Ebenda, S. 6
- 3 R. Növer, Standort MG: Wirtschaftsstruktur und Standortqualität, IHK, Krefeld, 1, 2005, S. 14
- 4 Ebenda, S. 13 – S. 16, Schaubilder: vgl. S. 43 f.
- 5 Fluggäste, 2007, 31.737; 400 Beschäftigte in Werften; Flugsimulatoren für Großraumflugzeuge
- 6 IHK, Wirtschaftsstruktur ..., S. 33 f. (Hochschule Niederrhein: beste Bewertung von allen guten Standortkriterien; jedoch von Unternehmen als am unwichtigsten eingestuft.)
- 7 IHK, Wirtschaftsstruktur ..., S. 39
- 8 Ebenda, S. 19 (nach: Prognos, Technologieatlas 2002)
- 9 C. Sywottek, Zarte Triebe, in: brandeins – neuland, Niederrhein, 2009, S. 27 – S. 35
- 10 Memorandum, S. 197 f.
- 11 Ebenda

5

- 1 Z.B. N. Bolz, Soziale Gerechtigkeit macht den Menschen mündig, Die Zeit, 19.4.2009, S. 8 (Der Staat ermutigt zu einer Lebensführung, die zu Armut und erlernter Hilflosigkeit führt.)
- 2 Kommunal – Kombi, Mitte 2009, Beschäftigte: Berlin 1.700; Brandenburg 2.500; Sachsen 3.700; Sachsen-Anhalt 1.300
- 3 Vor mehr als 15 Jahren führte Irland mit mindestens zwei Elternbetreuungslehrern pro Schule erfolgreich ein groß angelegtes Elternbetreuungsprogramm gegen Schulverweigerung durch.
- 4 H. Bude, Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München 2008, S. 43
- 5 Erster Preis für Schulen, die Jugendliche mit einem Hauptschulabschluß zur Ausbildungsreife führen, Mitte 2009
- 6 Beispiele für Freiwilligkeit in MG: „Aktion saubere Stadt“, „Clean-up MG“, Aktion „Frühjahrsputz“: Engagement der Wirtschaft und vieler Freiwilliger, die alljährlich Parks und Grünflächen reinigen.

6

- 1 Statistisches Bundesamt
- 2 WFMG, Einzelhandel, Innenstadtkonzept Rheydt, 2009, S. 1
- 3 Zum Umfeld des „Forum“: Stadt MG, Fachbereich Stadtentwicklung und Planung, Masterplan Innenstadt MG, Handlungsempfehlungen für ein neues stadträumliches Leitbild (Konzeption/Texte: B. Niemann, C. Steege u.a.), MG, Aug. 2007
- 4 Ebenda, S. 83
- 5 WFMG, Einzelhandelsstandort, 22.4.2009, S. 1
- 6 WFMG, Gemeinsam für die Innenstädte, 22.4.2009, S. 1
- 7 Stadt MG, MG 2030 – plus ..., S. 3
- 8 WFMG, Prospect, Arbeitsmarktmonitoring Rhein-Kreis Neuss / Stadt MG, S. 50
- 9 C. Siemes, Höllenschlund am Markt, in: Die Zeit, Nr. 26, 18.6.2009, S. 57
- 10 M. Schlagenwerth, P. Lau, Das Sammlerbecken, in: brandeins – neuland, Niederrhein, 2009, S. 15-23, S. 20
- 11 In der Stadt ... S. 29
- 12 Baedeker, Allianz Reiseführer, Deutschland, S. 638
- 13 P. Eßer, Mythos Niederrhein. Nachruf auf eine schwierige Heimat, St. Augustin 1997
- 14 M. Marsch, aus: D. Hespers (Hg.), Oss're Nobbbers Pitter. Lieder vom Niederrhein, Straelen 1981
- 15 Vgl. P. Eßer, Dialekt und Identität. Diglottale Sozialisation und Identitätsbildung, Europäische Hochschulschriften, Reihe XI, Bd. 138, Frankfurt a.M., Bern 1983
- 16 S. Kimpel, Walter Kaesbach Stiftung, 1922 – 37. Die Geschichte einer expressionistischen Sammlung in MG, MG 1978, S. 36 - 46

